Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur: Erich Alfringhaus, Berlin. Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198

Anschrift für Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8 Drahtanschrift: Sopadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Mitteilungen, Manuskripte & Aufsätze vor dem Quartalsschluß, wenn nicht anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 13.Jan.1933.

Int. Instituut Soc. Geschiedenis Amsterdam

Stalins Experiment.

Das Ergebnis der ersten fünf Jahre.

SPD. In Moskau hat eine Plenartagung der führenden Körperschaften der Kommunistischen Partei der Sowjetunion stattgefunden. Das Zentralkomitee und die Kontrollkommission zusammen repräsentieren die höchste Macht. Die Diktatur Stalins beruht darauf, dass diese Körperschaften hinter ihm stehen. Diese Tagung hat Berichte von Stalin und Molotow, dem Vorsitzenden des Rats der Volkskommissare entgegengenommen und aufs neue den Kurs der kommunistische Partei und damit der Regierung der Sowjetunion festgelegt.

Stalins Stellung ist nach dem Abschluss dieser Tagung völlig unerschüttert. Alle seine Gegner, Kritiker und Zweifler sind mit dem grossen Parteibann bedroht worden, so Smirnow, Rykow und Tomski, zwei von ihnen Eismont und Tolmachow, sind aus der Partei ausgeschlossen worden. Eine Resolution der zentralen Körperschaften droht den Oppositionellen und erhebt die heftigsten Vorwürfe gegen sie. Der Stalinkurs wird also fortgesetzt, die zentralen Körperschaften haben Stalin ausdrücklich ihr Vertrauen ausgesprochen.

Das bedeutet, dass die Diktatur ihr Experiment am lebenden Körper des russischen Volkes fortsetzt. Die Berichte von Stalin und Molotow galten dem Rückblick auf den nun abgelaufenen Fünfjahresplan, der Festlegung der Generallinie für den zweiten Plan. Der Sinn des ersten Fünfjahresplans war die Industrialisierung, die Akkumulation des dafür nötigen Kapitals auf Kosten des Landes. Die Erfahrung hat gezeigt, dass in weit stärkerem Masse als vorausgesehen war auch die Arbeiterschaft dazu hat beitragen müssen in Gestalt schlechter Löhne, schlechter Versorgung, schlechter Lebenshaltung. Gemessen an den reinen Zahlen konnte Stalin vorrechnen, dass der Plan zu 93,6 Prozent erfüllt sei - der Rest sei durch notwendige Rüstungen zur Verteidigung zu erklären. In der Tat ist in diesen fünf Jahren eine gewaltige Kapitalakkumulation in der Hand des Staates in Russland erfolgt, es sind gigantische Investitionen vorgenommen worden - aber der Beweis, dass es nicht Fehlinvestitionen waren, steht vollständig aus.

Die Tonart der Betrachtungen Stalins über diese fünf Jahre ist sehr gemässigt gegenüber der Tonart, die er an ihrem Beginn angeschlagen hat. Damals versprach er, die kapitalistische Welt zu übertreffen - davon ist heute keine Rede mehr. Der Bericht Molotows sagt ehrlich heraus, dass trotz aller Bauten, trotz der Beschaffung der modernsten und mächtigsten Maschinen Russland noch ganz mühsame Gehversuche auf industriellem Gebiet unternimmt: schlechte Erzeugung, Nichtfunktionieren der Erzeugung, mangelnde Erfahrung, keine industriell geschulte Arbeiterschaft, darum auch Unterproduktion, Klagen über den Mangel an Arbeitsdisziplin, über die hohen Produktionskosten.

Deshalb soll im zweiten Fünfjahresplan das Tempo der Industrialisierung langsamer werden, die neuen Werke sollen gefestigt und organisiert werden.

Das bedeutet: in diesen fünf Jahren wird gegen das Gespenst gekämpft, dass die ungeheuren Anstrengungen der ersten fünf Jahre infolge des Fehlens von bestimmten Voraussetzungen verloren gehen könnten, dass der Fluch der Ueberindustrialisierung im Hetztempo, den die kapitalistische Welt erlebt, nicht auch die Resultate der ersten fünf Jahre auffrisst.

Dieser Kampf wird weiter auf Kosten der Bauern gehen, aber auch auf Kosten der Arbeiter! In Bezug auf den Produktionsfaktor Mensch herrschen in Russland eben frühkapitalistische Zustände, und das Mittel zu ihrer Ueberwindung, das die Sowjetdiktatur anwendet, ist echt frühkapitalistisch: äusserster Zwang, Drohung mit der Hungerpeitsche, Einschränkung der Freiheit. Wer nur auf Häuser, Maschinen, Elektrizität, Kohle, Stein, Metall sieht - der wird Stalins Bilanz glänzend finden. Wer aber nach den Menschen fragt, nach der Lage der arbeitenden Klassen, der erkennt, dass bewusst ihr Glück und ihre Wohlfahrt dem Plane aufgeopfert wird! Mindestens für eine Generation!

Selbstverständlich ist dies nicht möglich ohne stärkste soziale Spannungen, die auf dem Lande nicht ungefährlich sind. Die zentralen Körperschaften haben deshalb beschlossen, 7000 politische Sektionen auf dem Lande zu errichten. Um eine Parallele zur grossen französischen Revolution zu ziehen: es sollen also 7000 Kommissare des Wohlfahrtsausschusses mit ausserordentlichen Vollmachten auf das Land geschickt werden, um zu verhindern, dass aus den Kollektiven nicht eine Vendée gegen die Sowjetdiktatur herauswächst! Das zeigt die Widerstände, es zeigt zugleich, dass sich die zentralen Körperschaften der KPdSU den Gefahren bewusst sind, die die Fortsetzung ihres Agrarkurses nach sich zieht.

Eine grosse Lehre ergibt sich: was Russland fehlt, sind industrielle, organisatorische, menschliche Voraussetzungen des Sozialismus. Gewalt soll fehlende Entwicklungsglieder überspringen - aber die Gewalt überspringt in erster Linie die menschlichen Elemente des Sozialismus. Aufgeklärter Despotismus ist eben noch kein Sozialismus!

SPD. Gleiwitz, 13. Januar (Eig. Drahtb.)

Im polnisch gewordenen Ost-Oberschlesien steuert der faschistische Pilsudski-Kurs immer offener im Fahrwasser der Entdeutschung und Polonisierung. Selbst die durch deutsches Kapital sanierten "Hohenlohewerke" missbrauchen ihre wirtschaftliche Macht im Dienste des polnischen Nationalismus.

Die deutschen Arbeiter werden dadurch in dieser Krisenzeit besonders hart getroffen. Zweihundert Einzelbeschwerden deutscher Arbeiter vor dem Schiedsgericht wegen ungerechtfertigter, aus nationalistischen Gründen erfolgter Entlassung, geben einen Querschnitt von dem nationalistischen Kurs in den Betrieben. In Königshütte wurde der gesamte Betriebsrat aufgelöst, und ein den Nationalisten genehmer Rat kommissarisch eingesetzt. In den "Hohenlohewerken" ist jetzt der dem Afabund angehörende stellvertretende Betriebsobmann Wagner gemassregelt und entlassen worden. Der wahre Grund: er hat einem auf die Strasse gesetzten Kollegen bescheinigt, dass dieser wegen seiner deutschen Staatsangehörigkeit den Betrieb verlassen musste.

So säen die Betriebsbesitzer in Polnisch-Oberschlesien auch unter der Arbeiterschaft den Nationalhass, der einmal bittere Früchte tragen muss

---

SPD. Die Reichsregierung hat angeordnet, dass am Reichsgründungstag alle Amtsgebäude zu beflaggen sind. Noch grösser sind die Sorgen der thüringischen Nazi-Regierung. Sie hat den "feinen Leuten" zu Liebe verfügt, dass am 18. Januar die Amtsgebäude auch schwarz-weiss-rot zu beflaggen sind. Als ob die Proleten davon satt würden!

SPD. Breslau, 13.Januar (Eig.Drahtb.)

Die Grosse Strafkammer in Oppeln verurteilte den früher bei der Oppelner Staatsanwaltschaft beschäftigten Justizobersekretär Sänger wegen Amtsunterschlagungen in neun Fällen und Beseitigung von Akten und Urkunden in vier Fällen zu anderthalb Jahren Gefängnis und Aberkennung der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter auf die Dauer von 3 Jahren.

Sänger, der langezeit in der Oppelner Nazibewegung eine führende Rolle spielte und noch im vergangenen Jahre seine Hakenkreuzgesinnung durch unflätige Beschimpfungen der Republik und republikanischer Beamter öffentlich bekundete, hat die veruntreuten Gelder zu Luxusanschaffungen, Autofahrten und patriotischen Bierreisen durch die Oppelner Gaststätten benutzt. Die Akten liess er verschwinden, um die Entdeckung seiner Unregelmässigkeiten unmöglich zu machen.

SPD. Im Haushaltsausschuss des Reichstages kündigte der Reichsfinanzminister von Krosigk am Freitag an, dass in den nächsten Tagen über die Umschuldung der Gemeinden eine abschliessende Besprechung der Reichsregierung stattfinden werde. Er gab ferner eine Uebersicht über die Finanzlage der Länder und Gemeinden.

Der Reichsfinanzminister führte u.a. aus: Länder und Gemeinden haben gegenüber 1930 einen Einnahmerückgang von 2500 Millionen, obwohl die Bürgersteuer, die Gemeindebier- und Gemeindegetränkesteuer stark erhöht worden sind. Ausserdem sind die Wohlfahrtslasten stark gestiegen. Alle sonstigen persönlichen und sachlichen Ausgaben sind erheblich gedrosselt worden. Der Fehlbetrag bei den Ländern wird für 1932 auf 520 Millionen geschätzt, bei den Gemeinden auf 1 Milliarde. Trotzdem sind die kurzfristigen Schulden nicht gestiegen. Die Deckung ist zum Teil durch Nichtbezahlung laufender Rechnungen und Nichtabführung öffentlicher Abgaben erfolgt. Die Nichtbezahlung laufender Rechnungen schätzt man auf 100 Millionen, die Nichtabführung staatlicher Steuern geht noch über die Summe von 100 Millionen hinaus. Zweifellos liegt eine ausserordentliche Notlage bei einzelnen Gemeinden vor. Man darf aber diese Not nicht allzustark verallgemeinern, da man damit den Zwang zu einer gesunden Ersparnis abschwächt. Die bisher angewandten Mittel werden den Gemeinden wieder eine ordentliche Etataufstellung ermöglichen. Die Fehlbeträge sind nicht so bedenklich, dass man deshalb mit einem Zusammenbruch der Kommunalfinanzen rechnen müsse.

Zum Schluss äusserte der Minister seine Befriedigung über den Verlauf der Debatte. Er halte solche Kritik und die Kontrolle des Parlaments nicht nur für nützlich, sondern für durchaus notwendig. Er habe sich auch nicht von einem Zweckoptimismus leiten lassen, sondern lediglich mit voller Offenheit gesprochen. Dieses Urteil des Reichsfinanzministers ist umso bemerkenswerter, als es der reaktionären Meinung, die das Parlament als einen Hemmschuh für eine gesunde Finanzentwicklung ansieht, entschieden widerspricht. Wie die Ausführungen Krosigks über den Missbrauch öffentlicher Gelder zeigen, ist er vielmehr der Meinung, dass eine geordnete und verantwortungsbewusste Finanzpolitik nicht ohne demokratische Kontrolle des Parlaments möglich ist.

Andererseits verkennen wir keinen Augenblick, dass auch der jetzige Finanzminister seine Hauptaufgabe im Schutz der kapitalistischen Interessen sieht. Sowohl die Aufrechterhaltung der brutalen Massenbelastung als auch der unsozialen Senkung der Unterstützungen sind seiner Meinung nach unerlässlich. Der Kampf der Sozialdemokratie um eine sozialere Gestaltung der Finanz- und Steuerpolitik wird daher mit unverminderter Schärfe fortgeführt werden.

SPD. Karlsruhe, 13.Januar (Eig.Drahtb.)

Der Rechtskurs des badischen Zentrums wird immer offenkundiger. Jetzt hat die badische Regierung im Einverständnis mit dem Zentrum zahlreiche Nazi-Lehrer, die vor Jahresfrist wegen ihrer politischen Betätigung für die NSDAP gemassregelt worden waren, wieder eingestellt.

Vor einem Jahr hatte der badische Staatspräsident, der eine führende Rolle im badischen Zentrum spielt, die badischen Beamten in der eindringlichsten Weise vor der Teilnahme an den Bestrebungen der Nationalsozialisten gewarnt und scharfe Massnahmen gegen zuwiderhandelnde Beamte angedroht. Es wurde auch zahlreiche Beamte, vor allem Lehrer, gemassregelt und ihres Dienstes enthoben. Im Spätjahr begann dann im Zentrum die Wandlung. Der gleiche Staatspräsident erklärte damals in einer Rede, der Nachweis, dass der Nationalsozialismus mit Gewalt die Verfassung zu ändern bestrebt sei, sei heute infolge der Umstellung des Nationalsozialismus nicht mehr zu erbringen. Gleichzeitig wurde der Erlass über die politische Betätigung der Beamten gemildert. Durch die inzwischen erfolgte Wahl eines rechtsstehenden Innenministers, der zwar der Deutschen Volkspartei angehört, aber in der evangelischen Landessynode Mitglied der positiven deutschnationalen Fraktion ist, ist die Verbindung des Zentrums mit den Deutschnationalen hergestellt. Die Folge ist, dass jetzt zahlreiche entlassene Nazi-Lehrer wieder in Dienst gestellt werden. So wird auch Baden im Eiltempo der Reaktion ausgeliefert und zwar mit der Hilfe des Zentrums!

SPD. Ludendorff hat kürzlich gegen den deutschnationalen Junker Oldenburg Januschau wegen der Inanspruchnahme der Osthilfe heftige Angriffe gerichtet, die am Freitag im Haushaltsausschuss des Reichstags ein interessantes Nachspiel fanden. Es wurde ein Antrag angenommen, wonach dem Ausschuss eine Uebersicht vorgelegt werden soll, aus der ersichtlich ist, 1. welche Flächen im Osten umgeschuldet wurden, 2. welche Geldbeträge dem Grossgrundbesitz und den mittleren und kleineren Bauern aus der Osthilfe zugeflossen sind und 3. welchen Umfang die Siedlung im Jahre 1932 angenommen hat und welche Siedlungsflächen im Jahre 1933 zur Verfügung gestellt wurden.

Die Deutschnationalen enthielten sich bei der Abstimmung über den Antrag der Stimme. Ihr Sprecher, der Abgeordnete Dr. Quaatz, verstieg sich zu der Drohung, sie würden sich mit allen Mitteln dem Versuch widersetzen, unter Namensnennung diejenigen zu diffamieren, die aus ihrer Notlage heraus die Umschuldungsgelder in Anspruch genommen hätten. Selbstverständlich erhielt Herr Quaatz von sozialdemokratischer Seite die gebührende Antwort. Bei der Osthilfe handele es sich um öffentliche Gelder, die alle Steuerzahler aufgebracht haben und deren einwandfreie Verwendung zu kontrollieren nicht nur das Recht, sondern die Pflicht des Parlaments sei.

Im übrigen hat bereits eine kritische Nachprüfung des Rechnungshofes erkennen lassen, dass bei der Umschuldungsaktion erhebliche Unregelmässigkeiten vorgekommen sind.

SPD. Weimar, 13.Januar (Eig.Drahtb.)

Kein Hunger und keine Not der thüringer Bevölkerung vermag die Thüringische Naziregierung abzuhalten, für ihre Günstlinge die Futterkrippe immer mehr zu füllen.

Die Zahl der Minister ist von ehemals zwei auf vier erhöht worden. Ferner sind in der gesamten Verwaltung neue Stellen für Nazianhänger geschaffen worden, nachdem sich herausgestellt hatte, dass mehr Futterkrippenjäger da waren,

republikanische Beamte entlassen wurden. Jahrelang war die republikanische Regierung aus Sparsamkeitsgründen ohne Presse-Chef ausgekommen. Es blieb dem Nazi-Minister Sauckel vorbehalten, diese Stelle auf Kosten der Bevölkerung Thüringens neu zu besetzen. Dem Schriftleiter des Thüringer Naziblattes ist jetzt die Leitung der Thüringischen Pressestelle vermacht. Sauckel brauchte ausserdem einen Schutz für sein kostbares Leben. Flugs wurde der Polizeidirektor aus Gera, ein berüchtigter Marxistenfresser, als Oberregierungsrat in das Regierungsgebäude gesetzt. In Gera ist gleichzeitig Platz für einen anderen Nazihäuptling.

Posten und Postchen für die Pgs, das ist die einzige positive Seite der Naziregierung und das berühmte Ende der "Parteibuchwirtschaft".

SPD. Stuttgart, 13.Januar (Eig.Drahtb.

Der Stuttgarter Nationalsozialist und SA-Mann Friedrich Alber hat sich in seiner Partei damit einen Glorienschein zu verschaffen versucht, dass er sich Schnitte im Gesicht und Stiche beibrachte und sich als einen Märtyrer hinstellte, der von Kommunisten überfallen und misshandelt worden sei. Er hatte sogar die Frechheit, bei der Polizei eine Anzeige wegen des "gemeinen Ueberfalls der Kommune" zu erstatten. Der Schwindel kam aber heraus, sodass sich Alber demnächst vor Gericht wird zu verantworten haben.

SPD. Frankfurt/M., 13.Jan. (Eig.Drahtb

Die kommunistische Presse führt seit Monaten eine Polemik gegen die sozialdemokratischen Zeitungen, weil sie sich im Oktober vorigen Jahres eines bulgarischen Flüchtlings namens Kuneroff-Fischer angenommen haben. Dieser Emigrant, der 1932 in Frankfurt und Mainz in trotzkistischen Sekten tätig war, musste im November Frankfurt plötzlich verlassen, weil die kommunistische Arbeiterzeitung ihn der Bracht-Polizei denunziert hatte. Dieser Schurkenstreich wurde von der sozialdemokratischen Presse gebührend gebrandmarkt.

Die Kommunisten haben nun versucht, durchein Trommelfeuer von Verleumdungen gegen Kuneroff auch die Sozialdemokratie zu treffen, die für diesen Mann lediglich aus allgemeinen menschlichen Erwägungen eingetreten ist. Die Frankfurter "Volksstimme" ist jetzt in der Lage, die hauptsächlichste Verleumdung zu widerlegen. Die infame Lüge, dass der mittellose Flüchtling 600 Mark, die für politische Zwecke bestimmt waren, sich widerrechtlich angeeignet hätte, konnte restlos zunichte gemacht werden. Die Volksstimme äussert zugleich die Besorgnis, dass Kuneroff möglicherweise getötet worden ist, weil seit mehr als zwei Monaten keine verbürgte Nachricht von ihm vorliege und weil zahlreiche Anhaltspunkte den fanatischen Hass seiner politischen Gegner beweisen.

SPD. Braunschweig, 13.Januar (Eig.Dr.)

Das Polizeipräsidium teilt mit, dass die Bücher und Kassenbelege des früher nur von Nationalsozialisten verwalteten "Allgemeinen Studentenausschusses" in Braunschweig der Staatsanwaltschaft übergeben worden sind, weil sich grobe Unregelmässigkeiten während des Sommer- und Wintersemesters 1931/32 ereignet haben. Die Untersuchung ist insofern ausserordentlich schwierig, als die nationalsozialistischen Studenten aus den Kassenbüchern Blätter herausgerissen und auch andere wichtige Belege vernichtet haben.

SPD. Paris, 13.Januar (Eig.Drahtb.)

In parlamentarischen Kreisen hegt man neuerdings die Hoffnung, dass ein Konflikt mit der Regierung wegen der Finanzpläne doch noch zu vermeiden sein wird.

Die Verhandlungen zwischen der Regierung und den Beamtengewerkschaften sind nicht unterbrochen, wie es die Beamtenverbände ankündigten, sondern auch am Freitag fortgesetzt worden. Der französische Ministerpräsident erklärte Pressevertretern gegenüber, dass die Regierung nach wie vor bestrebt sei, mit den Beamtengewerkschaften zu einer Verständigung zu gelangen.

SPD. Genf, 13.Januar (Eig.Drahtb.)

Die Generaldebatte der Vierzigstunden-Konferenz soll möglichst mit einer Entschliessung beendet werden, über die die Regierungsvertreter nunmehr seit zwei Tagen verhandeln. In dieser Entschliessung soll zum Ausdruck kommen, dass eine Herabsetzung der Arbeitszeit auf internationalem Wege ein geeignetes Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit darstelle. Indessen gehen aber die Meihungen darüber scharf auseinander, ob die Sicherung des bestehenden Lebensstandards der Arbeiterschaft in diese Erklärung einbezogen werden soll oder nicht. Ein Vermittlungsvorschlag des deutschen Regierungsvertreters Sitzler geht dahin, diese Erhaltung der Gesamtkaufkraft der Arbeiterschaft als ein Ziel der Vereinbarungen über Arbeitszeitverkürzungen zu bezeichnen.

Von der Arbeitergruppe liegt der Konferenz folgender Entschliessungsantrag zur Abstimmung vor: "Bei der Beratung über den Entwurf eines Uebereinkommens über die 40 Stundenwoche ist von dem Grundsatz auszugehen, dass die Wochenlöhne und die Monatsgehälter durch die sich bei der Annahme und Durchführung eines solchen Uebereinkommens ergebende Kürzung der Arbeitszeit nicht gesenkt werden dürfen." Nach der bisherigen entschiedenen Haltung der Arbeitergruppe ist unbedingt damit zu rechnen, dass sie die Konferenz verlassen wird, wenn die Sicherung des bestehenden Lebensstandards nicht in einer befriedigenden Form vor Eintritt in die Einzelberatungen von der Mehrheit der Konferenz anerkannt wird.

Die Generaldebatte, die voraussichtlich am Sonnabend-Vormittag mit den für das Schicksal der ganzen Konferenz entscheidenden Abstimmungen abgeschlossen wird, bewegte sich am Freitag den ganzen Tag über hauptsächlich um den Kernpunkt der Lohnfrage, wobei die Unternehmer scharf gegen Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhaltung sprachen und der französische Unternehmersyndikus Gignoux die falsche Rechnung aufmachte, dass die Aufrechterhaltung der Löhne bei verkürzter Arbeitszeit auf Kosten des nicht lohnempfangenden Volksteils gehen werde, dessen Anteil am Gesamtvolkseinkommen einfach entsprechend gekürzt werde. Sonst hörte man keine neuen Argumente. Der englische Arbeitervertreter Hayday fasste die Stellung der Arbeitergruppe nochmals wirkungsvoll zusammen, indem er vor allem feststellte, dass sich die Arbeiter nicht als Mittel des Konkurrenzkampfes von den Unternehmern der einzelnen Länder gegeneinander missbrauchen liessen. Vor Ueberweisung an die technischen Ausschüsse verlange seine Gruppe eine Entscheidung der Konferenz, aus der hervorgehe, dass der Lebensstandard nicht vermindert werden dürfe. Allein in den Jahren 1931 und 1932 seien den Arbeitern der Welt durch Rationalisierung, Lohnabbau, Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit 7500 Millionen Pfund Sterling von ihrem Gesamteinkommen abgezogen worden. Nach diesem furchtbaren Opfer könne man nicht die Aufteilung des verbleibenden Restes verlangen, besonders nicht bei den grossen feiernden Kapitalmengen und riesigen Massen an Produkten aller Art, die jetzt auf Lager lägen, und mit den 7,5 Milliarden hätte gekauft werden können, wenn sie, wie in den vorhergehenden Jahren, auf die Arbeiter

verteilt worden wären.

Bei der Fülle der grossen Reden sah sich der Präsident der Konferenz am Nachmittag gezwungen, auf Konzentration zu dringen, was von der Konferenz beschlossen wurde.

SPD. Die Mühlen der deutschen Justiz pflegen im allgemeinen schnell zu arbeiten. Wir haben sogar Zeiten des Fliessbandes hinter uns, als Herr von Papen und seine Kommissare die Schnellgerichte einsetzten. Im Husch waren z.B. die Ohlauer Reichsbannerleute für viele Jahre im Zuchthaus. Wenn es aber um Nazimörder ging, schien es stellenweise, als lebten wir noch im Zeitalter der Th rn- und Taxis'schen Postkutsche.

Ein Beispiel aus Köln a.Rhein. Dort wurden vom 30.Juni bis 26.Juli 1932 drei Arbeiter, darunter ein Jugendlicher von 18 Jahren, von SA-Leuten erstochen oder erschossen. Die drei Mörder sind längst ermittelt. Bis heute, sechs Monate nach den Verbrechen, ist von einer Gerichtsverhandlung gegen die Verbrecher nichts bekannt! Die Öffentlichkeit zweifelt sogar, ob die SA-Mörder in Haft sitzen. Vielleicht standen auch sie, im Auftrage Hitlers, bei der Zehnjahresfeier des italienischen Faschismus Parade in Bozen, am faschistischen Unterjochungsdenkmal gegen das deutsche Südtirol. Vielleicht haben die drei Mörder, unter anderem Namen, ihre Kölner Heldentaten in Berlin oder anderswo zum Heil Hitlers um ähnliche vermehren können?

Wie dem auch sei: in Köln mahlt die Justiz gegen SA-Mörder langsam, sehr langsam. Unterdessen regieren die Kommissare Preussen. Man merkt es an der Justiz.

SPD. Paris, 13.Januar (Eig.Drahtb.)

Der Direktor der Hafenverwaltung von Bordeaux hat der Untersuchungskommission, die die Brandkatastrophe auf der "Atlantique" untersuchen soll, nach dem "Journal des Débats" mitgeteilt, dass er vor der Abfahrt der "Atlantique" nach Le Havre einen anonymen Brief erhalten habe, in dem angekündigt wurde, dass die "Atlantique" im Laufe ihrer Fahrt nach Le Havre in Brand geraten würde. Diesem Brief ist bisher keine grosse Bedeutung beigelegt worden. Jetzt hat ein Droschkenchauffeur ausgesagt, dass er vor der Abfahrt einen Mann zum Anlegeplatz der "Atlantique" gefahren habe. Der Unbekannte habe an Bord ein Paket abgegeben und habe das Schiff nach 20 Minuten wieder verlassen.

SPD. Bukarest, 13.Januar (Eig.Drahtb.)

Der König empfing am Freitag den ehemaligen Ministerpräsidenten Vaida Voevod und beauftragte ihn mit der Neubildung der Regierung. Vaida behielt sich seine Entscheidung vor. Er will zunächst die Stellungnahme des nationalzaranistischen Parteivorstandes abwarten.

Wie von nationalzaranistischer Seite erklärt wird, sind wenig Aussichten für einen Erfolg Vaidas vorhanden, da neben innerparteilichen Schwierigkeiten auch die Zusammenarbeit Vaidas mit Titulescu, den der König als Aussenminister beizubehalten wünscht, kaum möglich erscheint.

SPD. Darmstadt, 13.Januar (Eig.Drahtb.)

Die Süddeutsche Eisenbahngesellschaft hat sämtlichen Angestellten der Rheinhessen- und Odenwaldbahn zum 30.Juni gekündigt.

Zwischen dem Reichsarbeitgeberverband der deutschen Strassen- und Privatbahnen und den entsprechenden Arbeitnehmergewerkschaften sind wegen des Abschlusses neuer Reichsmanteltarifverträge erhebliche Tarifstreitigkeiten entstanden. Die Bahngesellschaften wollen durch die Kündigung wesentliche Verschlechterungen der Dienstverträge erreichen, ohne dass betriebswirtschaftliche Verhältnisse einen Abbau der Gehälter rechtfertigen. Auf die Tarifstreitigkeiten zwischen dem Reichsarbeitgeberverband der Strassen- und Privatbahnen und der Arbeitnehmerverbände ist auch die Kündigung des Personals der Rheinhessen- und Odenwaldbahn zurückzuführen.

SPD. Weimar, 13.Januar (Eig.Drahtb.)

Die seit dem 23.November 1932 vermisste Ehefrau Weisenborn aus Jena ist in der Toten Saale als Leiche gefunden worden. Die Tote war in einen Sack gebunden und in den Fluss versenkt worden. Die Täter sind zwei SA-Leute.

Von der vermissten Frau Weisenborn ging seit ihrem Verschwinden das Gerücht, sie sei nach Gotha gefahren um dort ihr Kind und ihre Ersparnisse von 5000 Mark bei Verwandten unterzubringen. Vor einigen Tagen wurden nun in Jena der 40 Jahre alte Arbeiter Hahn und der 25jährige Arbeiter Loeffler in Haft genommen. Beide standen im Verdacht, an der Vermissten ein Verbrechen verübt zu haben. Hahn hatte mit der Vermissten ein Verhältnis. Loeffler, der Freund von Hahn, hatte sich dadurch verdächtig gemacht, dass er an einem Abend über 300 Mark in einer Wirtschaft verausgabt hatte, die er von Hahn erhalten haben will. Inzwischen wurde ferner festgestellt, dass das Reisegepäck der Weisenborn nach Weimar aufgegeben worden war und dort auch angekommen ist. Zwei Postkarten, die in Jena bei Verwandten der Weisenborn ankamen, sind, um ein Lebenszeichen der Weissenborn vorzutäuschen, von den Verhafteten geschrieben worden.

Der verhaftete Arbeiter Loeffler hat nach einem Bericht der Weimarer Polizeidirektion bereits ein Geständnis abgelegt. Danach ist Frau Weisenborn von den beiden Verhafteten bereits am Tage des Verschwindens an der Toten Saale in der Nähe von Jena erwürgt, in einen Sack gesteckt und dann versenkt worden. Den Tätern kam es darauf an, sich in den Besitz der von Frau Weissenborn mitgenommenen 5000 Mark zu setzen. Die Leiche der Frau Weisenborn ist an der von Loeffler angegebenen Stelle bereits gefunden worden.

Das sozialdemokratische "Volk" in Jena meldet, dass der in Weimar erscheinende "Nationalsozialist" von dem ersten Polizeibericht über die Verhaftung der beiden Arbeiter nur zögernd und mit Verspätung Notiz genommen hat. Der Grund dafür sei wohl darin zu suchen, dass die beiden Verbrecher noch vor kurzem in der Uniform des Dritten Reiches einherspaziert seien. Einer soll später aus der NSDAP ausgeschlossen worden sein und vergeblich Zuflucht bei den Kommunisten gesucht haben.

SPD. Bukarest, 13.Januar (Eig.Drahtb.)

Die aus der Moldau einlaufenden Meldungen über die katastrophalen Folgen der dort in den letzten Tagen herrschenden Schneestürme lauten immer besorgniserregender. Die Zahl der Menschenopfer ist weit grösser als zunächst angenommen wurde. Bisher sind 33 Tote geborgen worden, die teils erfroren, teils durch Lawinen verschüttet worden sind. Es wird befürchtet, dass sich die Zahl der Opfer noch erhöhen wird. Einige Moldauer Dörfer und Städte sind völlig eingeschneit und von der Aussenwelt abgeschnitten. Die Regierung hat zur Hilfeleistung Truppen in die gefährdeten Gebiete entsandt.

SPD. Der Ältestenrat des Reichstags ist nunmehr auf Freitag, den 20.Januar, nachmittags 3 Uhr einberufen worden. Voraussichtlich wird er mit den Stimmen der Nationalsozialisten und der übrigen bürgerlichen Parteien eine Vertagung des Reichstags bis Mitte März beschliessen. Vorher dürfte Hitler eine Unterredung mit dem Reichskanzler von Schleicher haben.

SPD. Sofia, 13.Januar (Eig.Drahtb.)

Das bulgarische Parlament hat ein Amnestiegesetz angenommen, das als Schlusstrich unter die blutigen Jahre des bulgarischen Bürgerkriegs 1923 bis 1925 zu betrachten ist. Unter den Amnestierten befinden sich auch drei Minister des Kabinetts Stambulinski, die bisher von jeder Amnestie wegen Hochverrat ausgeschlossen worden waren. Die Sozialdemokraten, die sich seit Jahren für eine allgemeine Amnestie eingesetzt haben, begrüssen das Gesetz als weiteren Schritt zur Befriedung des Landes.

SPD. Kassel, 13.Januar (Eig.Drahtb.)

In Kassel überraschte die Kriminalpolizei zu einem Appell angetretene SA-Leute mit einer Durchsuchung. Die Polizei fand vier Pistolen mit je acht Schuss Munition im Ladestreifen und einen Schuss im Pistolenlauf, eine Scheintodpistole, ein feststehendes Messer, Stahlruten, Ochsenziemer und eine Schachtel mit Pistolenmunition. Ausserdem fielen der Polizei 20 Gummiknüppel in die Hände, die noch gebündelt waren.

Die Polizei wurde von opponierenden SS-Leuten zum Schutz gegen ihre Kameraden alarmiert.

Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Sonnabend-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850.

Aus aller Welt

Aus "Daubmanns" Märchenbuch.

Was im Freiburger Hummel=Prozess nur so beiläufig erwähnt wurde... - Wie Herr Bumiller den Nationalismus hochpeitschen wollte!

SPD. Mit der Verurteilung des "Kriegsgefangenen" Hummel zu 2½ Jahren Gefängnis sind die Akten über den tragikomischen Fall Daubmann vorläufig geschlossen. Eine Fülle anderen Daubmann=Papiers ist schon vor Prozessbeginn zur Makulatur geworden: die Memoiren des Schwindlers.

Hummel hatte seine Erlebnisse,die er niemals hatte, in einem spannenden Buch niedergeschrieben. Wer der eigentliche "Dichter" war, - ob Herr Hummel persönlich oder sein ehemaliger Hauptmann und Impressario Bumiller - steht nicht fest; hinterher will es natürlich keiner gewesen sein. Nur nebenbei wurde die originelle Münchhäuserei im Freiburger Prozess erwähnt.Diese Beiläufigkeit ist zu bedauern, denn das - nun längst eingestampfte - Opus muss als Beweis dafür einmal angeprangert werden,in welch schamloser Weise der deutsche Nationalismus die Propaganda des Hasses, von dem er lebt, zu fabrizieren versteht. Wenn Hummel nicht rechtzeitig entlarvt worden wäre - jahrelang hätten unsere beruflichen Franzosenhetzer von ihm gelebt!

Aus dem Vorwort

... so musste ich bald erkennen,dass meine Erlebnisse nicht überall geglaubt wurden. Man hielt sie vielfach für unwahrscheinlich und fantastisch. Und als die französische Regierung nach langer Untersuchung amtlich erklärte, dass sich keinerlei Anhaltspunkte für die Richtigkeit meiner Angaben finden liessen, scheuten manche Stellen nicht davor zurück,mich für einen Abenteurer - für einen Schwindler zu erklären. So bin ich gezwungen,den Wahrheitsbeweis für die Richtigkeit meiner Angaben anzutreten. Ich tue dies,indem ich mein Schicksal hiermit der Oeffentlichkeit übergebe, und indem ich zugleich erkläre, dass ich bereit bin, mich den französischen Behörden gegen freies Geleit zur Verfügung zu stellen. In Constantine in Algier werde ich dann die Zelle zeigen, in der ich 15 Jahre lang von der Mitwelt abgeschlossen als Sträfling Nr.102 geschmachtet habe...

Endingen am Kaiserstuhl,im Oktober 1932. Oscar Daubmann.

Hummel im Schützengraben

...Ein mächtiger Kanadier springt gegen mich vor und schlägt mir das Gewehr zur Seite. Und ein Stoss auf den Magen nimmt mir die Besinnung - noch höre ich den Todesschrei meines letzten Kameraden - dann wird es schwarz vor meinen Augen. An heftigem Rütteln und starken Schmerzen wache ich auf. Mein rechter Fuss. Wir fahren rasch. Sanitäter in englischer Uniform sind bei uns. Allmählich begreife ich: - in der Hand des Feindes! - Gefangen!

Hummel reisst aus

Voll glühender Freude melde ich meinen Eltern,dass ich lebe und verwundet in Amiens liege; es gehe mir besser und ich hoffe, dass sie gesund seien.Dieser Brief ist aber niemals in die Hand meiner Eltern gekommen,sei es,dass er verloren ging, sei es, dass die Zensur ihn angehalten hat... In einer Nacht breche ich aus.Trotzdem man Januar schreibt,und trotzdem es bitter kalt ist. Nur mit Hose, Hemd und Schlappen bekleidet gehe ich in den Abort und schliess hinter mir ab. Dann zwänge ich mich durch das kleine Fenster und springe et=

wa dreieinhalb Meter in die Tiefe. Aber ich werde bald gefasst und ins Gefängnis geworf n.

Hummel als Märtyrer.

...Endlich teilt mir der Dolmetsch mit,dass mein Urteil gefällt sei.Zwanzig Jahre Kerker!... Ich leide Unsägliches und friere furchtbar in der dünnen Sträflingskluft. Auf alle Bitten um dickere Decken hat man nur eine Antwort, die man mir immer wieder - grimmig und höhnisch - entgegenschleudert: "Sale Boche!"

...Afrika!... Aus dem glühenden Brand der afrikanischen Sonne traten wir in die dunklen Gänge des Kerkers. Eine eisige Luft, modrig und feucht,schlug uns entgegen,die uns schaudern liess... Endlich fielen unsere Ketten.Unsere Handgelenke waren blutig zerschunden. Kaum konnten wir sie bewegen,Schorf und Eiter brach aus den Wunden... Ueber den Hof gehts in ein anderes Gebäude -in meine Zelle! 15 Jahre lang bin ich in dieser Zelle gewesen - als Mann ohne Namen - als Nummer 102. 15 Jahre meines Lebens liegen in diesen engen Mauern begraben! ... Als ich eines Morgens meinen Kübel leerte, blieb ich der frischen Luft wegen ein wenig stehen.Der Wärter, dem dies zu lange dauerte,schnauzte mich an und drängte mich vorwärts. Ich stiess ihn zurück - er soll mich nicht anfassen! Er meldete den Vorfall, und ich erhielt wieder vierzehn Tage Dunkelzelle. In welche Hände ich ich gefallen? Frankreich! - Frankreich! - ist's möglich?

Hummel als Ankläger

Wer keine Entspannung in körperlicher Arbeit fand, w r -wie ich - in sitzender Körperhaltung Tag um Tag an seiner Nähmaschine sass - um sich ein wenig Tabak herauszuschinden - der ging einer Gefahr entgegen,die viele unter uns dahingerafft hat. Immer wieder neue Menschenleben,die unter der afrikanischen Sonne und der ungesunden Ernährung zusammengebrochen waren. Ich war mir, Gott sei Dank, von Anfang an klar darüber,dass mein fester Wille, die Heimat wiederzusehen, nur dann in Erfüllung gehen konnte, wenn ich mich grundsätzlich von dem hier angedeuteten Laster fernhalte. Und ich habe es auch - unter Einsatz meiner ganzen Willenskraft - erreicht.

Ich weiss nicht, ob das französische Volk unterrichtet ist,was in seinen Gefängnissen drüben im heissen Afrika vor sich geht. Ich kann es nicht glauben. Deshalb habe ich mich verpflichtet gehalten, hier in aller Oeffentlichkeit darüber zu sprechen.

Hummel als Heimkehrer.

Eine grenzenlose Verwirrung kommt über mich. Ich wende m ch ab und die Tränen brennen mir in den Augen. Nun stehe ich auf deutschem Boden... Heimat! -Deutschland! - Nun kann ich die Tränen nicht mehr zurückhalten. Jetzt endlich ist der furchtbare Druck von mor genommen! Nun bin ich sicher! Nun darf ich weinen!

\+

Monatelang ging dieser Schwindel gut. Jetzt sitzt"Daubmann" wieder im Gefängnis. Ohne unsere Nationalisten,die ihn in Bann hielten, wäre ihm sein gegenwärtiges Schicksal sicherlich erspart geblieben....

\+ \+ \+

Nazi-Betrüger..... Als vor etwa Jahresfrist der Berliner Falschmünzer Dr. Corne. Salaban gemeinsam mit seiner der Beihilfe beschuldigten Ehefrau verhaftet wurde, wandte sich das Mitleid der Oeffentlichkeit rasch der 18jährigen Tochter Erika Salaban zu. Nach kurzer Zeit wusste man freilich bald eine rührselige Geschichte zu berichten: ein 23jähriger junger Mann sei in heller Liebe zu Erika Salaban entflammt; das Ziel seines überquellenden Gefühls habe die Neigung erwidert; dem grossen Lebensglück stände nichts mehr im Wege...

Die Wirklichkeit gestaltete sich etwas anders. Der junge Mann war näm-
lich ein Nazi. Er hat Erika Salaban nach Strich und Faden ausgebeutet und dann

ein echter Hitler=Kavalier, sitzen lassen. Erika Salaban besass für rund 6 ooo Mark Juwelen. Ewald - so hiess der Nazi=Bräutigam - hat sie sich als ersten Beweis seiner Liebe zunächst einmal angeeignet. Angeblich wollte er sie bei der Pachtung eines Golfplatzes in Marienbad als Sicherheit hinter=legen. Der Jüngling fuhr auch nach Marienbad - aber nicht aus beruflichen, Gründen,sondern um seine Beute zu verjuxen. Als der wackere Nazi sah,dass aus Erika Salaban nichts mehr herauszuholen war, liess er sich nicht mehr blicken. Erika schrieb ihm,dass sie gänzlich mittellos sei und dass er ihr wenigstens die Kleidungsstücke, die er mitgehen liess, wiedergeben solle - Hitlers Kamerad antwortete überhaupt nicht. Nun läuft Erika Salaban seit Monaten kreuz und quer auf der Suche nach Arbeit durch Berlin.Der Nazi,der sich unter dem Vorwand der Liebe an sie heranmachte und betrog,sucht sich neue Opfer...

\+ + +

Pech... In Berlin wurde am Freitag der Grieche Gerassimos Molfetas,der Franzose Germain Vassal und der Engländer Milton wegen versuchten Taschen=diebstahls zu je 5 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Angeklagten hatten be=sonderes Pech: bei nur kurzem Aufenthalt in Berlin hatten sie sich als Opfer ihrer langen Finger ausgerechnet einen Kriminalbeamten ausgesucht,der selbst Spezialist für Taschendiebstähle ist.

\+ + +

Coolidges Testament. Der kürzlich verstorbene amerikanische Präsident Calvon Coolidge hat seine Witwe als Alleinerbin eingesetzt. Das Testament besteht aus 23 Worten.

\+ + +

Freitod. Der 52jährige bekannte Berliner Kaufhausbesitzer Edmund Elend, früher "der reichste Mann Tempelhofs", hat sich wegen geschäftlicher Schwie=rigkeiten erschossen.

\+ + +

Ein Schildbürgerstreich. Im Gerichtsgefängnis Mährisch=Ostrau sassen dieser Tage zwei Gefangene des gleichen Namens Franz Mazura. Der eine war ein zum Tode verurteilter Mörder, der andere ein verhältnismässig harmloser Dieb, der eben erst seine kurze Strafe verbüsst hatte. Versehentlich hat nun die Gefängnisverwaltung den Mörder freigelassen und den weit harmloseren Kolle=gen, der seine Strafzeit nicht nachgerechnet hatte,in Haft behalten. Als er merkte,dass es ihm an den Kragen gehen sollte, erhob er heftigen Protest.

\+ + +

15 Kinder in Eisnot. In Klein=Kötz bei Günsburg/Donau brachen 15 Kin=der beim Schlittschuhlaufen auf der dünnen Eisdecke eines tiefen Weihers ein. Sie konnten wie durch ein Wunder vor dem Tode des Ertrinkens gerettet werden.

\+ + +

Dauerfeuer. Seit fünf Tagen brennt auf der Brikettfabrik der Grube Vil=la II in Berrenrath im rheinischen Braunkohlenrevier ein Schuppen mit 12ooo Tonnen Briketts, ohne dass es bisher gelungen ist,des Feuers Herr zu werden.

\+ + +

Verspätete Meteorsuche. Die russische Akademie der Wissenschaften hat eine Expedition,ausgerüstet,die einen gewaltigen Meteor suchen soll,der am 30.Juni 1908 in einer völlig menschenleeren nordsibirischen Gegend zu Boden fiel. Der Meteor soll nach wissenschaftlichen Berechnungen etwa 33 Kilometer labg und eb .so breit sein. Die Detonation wurde seinerzeit 2 ooo Kilometer weit gehört.

\+ + +

41facher Brandstifter. Das Münchener Gericht verurteilte einen 46 Jahre alten Desinfektor wegen 29 vollendeter und 12 versuchter Brandstiftungen zu 15 Jahren Zuchthaus.

Wirtschaft Technik Handel

Raubzug bei Lothringen.

(Grossbanken sanieren auf Kosten der Bergarbeiter.)

SPD. Der westfälische Bergbaukonzern Lothringen (Bergbau A.G. Lothringen-Bochum) steckt seit langem in Sanierungsnöten. Das Unternehmen existiert beinahe 80 Jahre, schlug aber in und nach der Inflation ein äusserst schnelles Tempo in seiner Erweiterungspolitik an. Allein in den Jahren 1923 bis 1925 wurden die Gewerkschaft Freie Vogel und Unverhofft, der Bergisch-Märkische Bergwerks- und Hüttenverein, weiter die Mathildenhütte A.G., die Bergbau A.G. Präsident, die Herbeder Steinkohlenbergwerke und die Gewerkschaft Ver.Schürbank und Charlottenburg aufgekauft. Freie Vogel und Schürbank_Charlottenburg wurden stillgelegt und die Herbeder Steinkohlenbergwerke vorübergehend ausser Betrieb gesetzt. Charakteristisch ist das Eindringen in fremde Gebiete. Neben dem Kohlenbergbau in Westfalen und dem Erzbergbau im Harz, im südlichen Westfalen und in Baden fasste man Fuss in der Fertigwarenfabrikation, vor allem in der Hannoverschen Hanomag (Lokomotiven, Automobile usw.). Auch in die Stickstoffproduktion mischte man sich hinein, wobei man arge Rückschläge einstecken musste. Die Banken, die dem Konzern jetzt im Nacken sitzen, seit langem schon einen Bankkommissar bei Lothringen eingesetzt haben und jede Ausgabe des Konzerns direkt kontrollieren, liefen sich damals einander den Rang ab, um dem Konzern Kredite zur Verfügung zu stellen. So musste es früher oder später zum grossen Kladderadatsch kommen. Dieser sieht übler aus, als man bis jetzt in der Öffentlichkeit angenommen hat.

Schon 1928 verkaufte Lothringen seine Beteiligungen an der Harburger Otto-Werft, der Hannoverschen Waggonfabrik, der Lindener Eisen- und Stahlwerke und der Halberstadt-Blankenburger Eisenbahn. Man hätte gern noch mehr verkauft wenn das möglich gewesen wäre. Die erste Sanierung fand unter der schönen Bezeichnung "Korrektur der Goldmarkbilanz" schon 1925 statt, wobei das Aktienkapital von 100 Millionen auf 80 Millionen Mark heruntergesetzt wurde. Im Jahre 1929 musste man das Aktienkapital abermals schneiden und zwar bis auf 50 Millionen Mark. So stehen die Dinge heute. Die Passiven werden in der fertiggestellten, aber geheim gehaltenen Sanierungsbilanz mit 87 Millionen Mark angegeben, denen Aktiven in Höhe von 85 Millionen Mark gegenüber stehen. Von den Schulden, mit denen wir uns weiter unten noch ausführlich zu beschäftigen haben, sind nicht weniger als 48 Millionen Mark kurzfristig. Gerade das beweist, wie unsolide die Expansion bei Lothringen war. Der Sanierungsplan sieht zunächst - auch hier wird die Last zuerst auf die Schultern der Arbeiter abgeschoben - die Stillegung der Präsident-Zechen und die teilweise Stillegung der Zechen des Steinkohlenbergwerks Graf Schwerin vor, eines gut ausgebauten und rentablen Unternehmens, das allerdings durch die Tilgung der viel erörterten schweizerischen Anleihe äusserst stark belastet ist. Die Quoten der stillgelegten Zechen sollen auf die Schachtanlage Lothringen bei Gerthe im Dortmunder Bezirk übertragen werden.

Im übrigen will man 14 Millionen Mark Schulden streichen. Wie man sich das im einzelnen denkt, ist uns nicht bekannt. In diesem Zusammenhang interessieren aber die Schulden des Lothringen-Konzerns bei der Knappschaft. Dabei handelt es sich zunächst um 14 Millionen Mark Anleihen an Lothringen, die die

Knappschaft zu einer Zeit hergegeben hat, als die Arbeitgeber in der Knappschaft noch die Majorität und zu bestimmen hatten. Dazu kommt eine weitere Summe von 1,1 Millionen Mark. Das ist ein ganz seltsamer Posten; denn es handelt sich hier um gestundete Knappschaftsbeiträge, also um solche Gelder, die die im Lothringen-Konzern beschäftigten Bergarbeiter gezahlt haben, die aber von Lothringen nicht an die Knappschaft, wie das Gesetz das vorschreibt, abgeführt worden sind. Beide Posten sind in der Sanierungsbilanz zuzüglich Zinsen auf 16,4 Millionen Mark aufgelaufen. Wir sind hinsichtlich der nichtangeführten Knappschaftsgelder der Auffassung, dass dieser Tatbestand auch noch andere Stellen interessiert als Preussen und das Reich, denen die beteiligten Banken anscheinend zumuten, auch für Lothringen den bedenklich mager gewordenen Geldbeutel der Steuerzahler zur Verfügung zu stellen.

Man sieht hier deutlich den Einfluss der Banken. Aber dieser Einfluss wird noch deutlicher, wenn man erfährt, unter welchen Umständen die Knappschaft ihre Gelder bei Lothringen belassen soll. Für die Bankgelder selbst ist in der Sanierungsbilanz als Vergütung ein Zinssatz von 6 % vorgesehen. Wenn man den Einfluss der Bank auf die Entwicklung bei Lothringen betrachtet, ist diese hohe Zinsvergütung eine Prämie auf leichtsinnige und unwirtschaftliche Kreditgewährung, eine Belohnung für Fehlinvestition. Die Gelder der Berufsgenossenschaft - etwa 4 Millionen - sollen mit 4 % verzinst werden. Für die Knappschaftsgelder ist aber eine Zinsvergütung von nur 2 % vorgesehen. Das ist empörend. Die Banken, die an Lothringens Fehlinvestitionen mitschuldig sind, holen aus der Sanierung für ihre stehen gelassenen Gelder 6 % raus, während man der Knappschaft für ihre Gelder, ausgesprochene Arbeitergelder, nur 2 % geben will.

Die Lothringensanierung ist eine der typischen Sanierungen, wie sie die Grossbanken - an Lothringen sind so ziemlich alle Grossbanken beteiligt, vor allem die Deutsche Bank und die Dresdner Bank - in den Krisenjahren öfter vorgenommen haben. Sie biegt das Grundgesetz der kapitalistischen Wirtschaft dahin um, dass derjenige, der den Hauptprofit schluckt, den möglichst kleinsten Teil des privatwirtschaftlichen Risikos trägt.

SPD. Die Neujahrshausse an der Berliner Wertpapierbörse hat mit einem schwarzen Freitag geendet. Die Neubesitzanleihe stieg am Freitag bis auf 10,45, sank dann auf 9,25, als bekannt wurde, dass mit einer Aufwertung bei Verzinsung der Neubesitzanleihe nicht eher zu rechnen sei, als sämtliche Reparationsleistungen, wozu auch die Verzinsung und die Abtragung der Dawes- und Younganleihe gehören, erfüllt sind. Das wäre nach dem heutigen Stand der Dinge etwa im Jahre 1981 der Fall. Darauf will nun keiner warten und so warf man am Freitag Neubesitz ebenso hastig auf den Markt, wie man sie in den letzten Tagen hastig und überstürzt kaufte, weil man bei der Einstellung der autoritären Regierung mit einer Besserstellung dieser Anleihe rechnete. Verschiedene Unternehmen haben sogar dem Publikum vorgeschwindelt, dass die Neubesitzanleihe so weit "ausgebessert" würde, dass man mit einem Kurs von 90 % rechnen könne. Leider sind viele Leute auf diesen Leim gegangen und haben ihr Geld verloren. An der nun kläglich gescheiterten Hausse in Neubesitz waren verschiedene grosse Bankhäuser aus Westdeutschland, insbesondere aus Köln beteiligt, die allerdings bereits am Dienstag ihre Käufe einstellten. Mit dem Krach auf dem Markt für Neubesitzanleihe gingen die Kurse allgemein herunter.

SPD. Das Statistische Reichsamt teilt über das Ergebnis der Viehzählung vom 1.Dezember 1932 folgendes mit: An Pferden wurden 3,39 Millionen fest-gestellt gegenüber 3,45 am 1.Dezember 1931 ,an Rindvieh 19,12 (19,12), an Milchkühen 9,79 (9,66), an Schweinen 22,81 (23,81), davon noch nicht 1/2 Jahr alt 14,69 (15,61), an Schafen 3,40 (3,50), an Ziegen 2,50 (2,52), an Gänsen 5,78 (5,69), Enten 3,52 (3,54), an Hühnern 84,12 (84,22), Bienenvölkern 1,90 (1,87).

Dazu wird weiter bemerkt: Im Vergleich mit dem Dezemberbestand 1931 hat demnach die Zahl der Pferde einen weiteren Rückgang um 58 ooo Stück = 1,7 v.H. erfahren; bei den jüngeren, noch nicht 2 Jahre alten Pferden, ergibt sich aber noch eine leichte Wiederzunahme um 11 ooo Stück = 4,3 v.H. Der Rinderbestand ist gegenüber 1931 im ganzen fast unverändert geblieben. Im einzelnen ist bei den Milchkühen eine Zunahme um 127 ooo Stück = 1,3 v.H., bei den Jungtieren (Kälber und Jungvieh bis 2 Jahre alt) dagegen ein Rückgang um 323 ooo Stück = 4,2 v.H. festzustellen. Die Schweinehaltung ist um rund 1 Mill.Tiere = 4,2 v.H. zurückgegangen. Ueber Einzelheiten dieser Entwicklung ist bereits bei Bekanntgabe der Sonderauszählung der Schweinbestände hingewiesen worden. An Schafen sind nach der neuen Viehzählung rund 98ooo Tiere und an Ziegen rund 16 ooo Tiere weniger gezählt worden als im Dezember 1931. In der Geflügelhaltung ist nur bei Gänsen eine Zunahme um rund 100 ooo Stück = 1,7 v.H. eingetreten, während die Zahl bei Enten und Hühnern weiterhin leicht abgenommen hat. Die Zahl der Legehühner im besonderen hat sich aber wieder um 355 ooo Stück erhöht. Bei den Bienenvölkern ist diesmal eine Bestandszunahme von 32 ooo Stück festgestellt worden.

SPD. Während der Reichslandbund im Lande scharfe Protestresolutionen gegen die Regierung annehmen lässt, in denen die Entlassung des Reichslandwirtschaftsministers verlangt und dazu aufgefordert wird,die Güter "mit allen Mitteln" gegen den "Vernichtungsfeldzug der Reichsregierung" - so wird in diesen Resolutionen das Siedlungsprojekt der Reichsregierung beschimpft - zu verteidigen, ist man andererseits bemüht, sich nach oben wieder lieb'Kind zu machen. Die Vermittlung dabei soll einer der nächsten Verwandten des Reichspräsidenten übernommen haben,der selbst,dank der Freigebigkeit der deutschen Industrie, an der Erhaltung des Grossgrundbesitzes sehr interessiert ist. Der Reichslandbund lässt allerdings darüber keinen Zweifel,dass die Siedlungsprojekte der Reichsregierung,die der Reichskanzler v.Schleicher vor einiger Zeit im Rundfunk verherrlichte,fallen müssen. Nun will die Reichsregierung Anfang nächster Woche eine neue Notverordnung über eine beträchtliche Erweiterung des schon bestehenden Vollstreckungsschutzes veröffentlichen. Man muss leider annehmen,dass damit den Wünschen des Reichslandbundes weitgehend Rechnung getragen wird.

Ueber den Inhalt der neuen Notverordnung erfahren wir,dass Vieh und Vorräte überhaupt nicht mehr gepfändet werden sollen. Der bisher nur für Ostelbien geltende Vollstreckungsschutz soll auf das ganze Reichsgebiet ausgedehnt werden. Darüber hinaus verlangt der Reichslandbund,dass die Eröffnung neuer Siedlungsverfahren zugelassen wird und dass solche Güter,die aus dem bisherigen Sicherungsverfahren entlassen werden mussten,weil sie nicht mehr sanierungsfähig sind,unter neuen Vollstreckungsschutz gestellt werden.

Die Verwirklichung solcher Forderungen ist selbstverständlich das Grab für die Siedlungsprojekte der Reichsregierung.Man wird also in Zukunft in Grossagrarien keine Schulden und keine Zinsen mehr zahlen,aber man wird,mit Hilfe von Regierungssubventionen,den alten Schlendrian auf den Gütern weiter treiben.

SPD. Die sogenannte Neubesitzanleihe, die am Freitag einen Kurs von über 10 % erreichte, bald aber erheblich unter 10 % sank, ist von Anfang an ein reines Spekulationspapier gewesen. Die Aufwertungsgesetzgebung des Jahres 1925 hat bestimmt, dass nur diejenigen öffentlichen Anleihen, für die Altbesitz nachgewiesen werden kann, verzinst und getilgt werden. Für die in der Inflationszeit neu und mit entwertetem Geld erworbenen Anleihen wurde eine Aufwertungsverpflichtung nicht anerkannt. Das Aufwertungsgesetz bestimmte vielmehr, dass die Regelung dieser Frage bis zur Erledigung der Reparationsverpflichtungen zu unterbleiben habe.

Die Besitzer von Neubesitzanleihen haben trotzdem immer wieder den Versuch gemacht, eine Verzinsung ihrer Papiere zu erhalten. In den letzten Jahren war diese, mit den scheinheiligsten und unwahrsten Mitteln betriebene Propaganda etwas stiller geworden, weil die Notlage der öffentlichen Finanzen alles überschattete. In der Stille aber haben diese Kreise, anscheinend unter Führung von Banken, die sich auf diese Art aus Reichsmitteln billig finanzieren wollten, eine Agitation getrieben, durch die das breite Publikum für den Erwerb der Anleihe interessiert wurde. So kam die Steigerung des Kurses an der Börse zustande, durch die sicherlich die Banken einen Teil ihres Besitzes unter Mitnahme grosser Kursgewinne, die 200 bis 300 Prozent betragen dürften, veräussert haben.

Wenn jetzt, infolge einer offiziösen Erklärung, dass Tilgung oder Verzinsung dieser Neubesitzanleihe frühestens 1949 bezw. 1965 nach der Tilgung der Young- und Dawes-Anleihen erfolgen könne, die Kurse wieder sinken, so bezahlen die Mitläufer die Zeche für den Betrug, den die grossen Kapitalisten inszeniert hatten. Die Sparer sollten sich klar darüber sein, dass sie mit der Unterstützung der Spekulation sich selbst nur schaden.

SPD. Der Reichswirtschaftsrat hat am Freitag die zweite Lesung des Gesetzentwurfs über das Aktienrecht abgeschlossen. An den Verhandlungen in der zweiten Lesung nahm zeitweise der Justizminister teil, der auch in die Verhandlungen eingriff. Während der Verhandlungen selbst ergaben sich zwischen den Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer über die Aufgaben der Verwaltung, des Aufsichtsrats, der Generalversammlung usw., starke Gegensätze. Die Vertreter der Gewerkschaften stellten eine Reihe von Anträgen, mit dem Ziel, die Publizität der Aktiengesellschaften zu fördern und jene Sauberkeit in den Aktiengesellschaften zu erreichen, die im Interesse unserer Wirtschaft notwendig ist. Die Bemühungen der Gewerkschaften waren z.T. erfolgreich.

Der Reichswirtschaftsrat wird nun seinen Bericht der Reichsregierung übermitteln. Vom Stand der politischen Dinge dürfte es abhängen, ob das neue Aktienrecht durch Notverordnung oder durch den Reichstag in Kraft gesetzt wird.

SPD. Der Reichsverband des Deutschen Gross- und Ueberseehandels hat in einer Eingabe an die Reichsregierung gegen die in Aussicht genommenen Sofortmassnahmen, insbesondere auf dem Gebiete des Vollstreckungsschutzes für die Landwirtschaft, Einspruch erhoben. Es wird darauf hingewiesen, "dass nach den verhängnisvollen, mit dem Vollstreckungsschutz, insbesondere in der Osthilfe gemachten Erfahrungen der Not der Landwirtschaft mit einer solchen Massnahme nicht gesteuert werden kann. Lahmlegung jeder Initiative, schwere Schädigungen des Kredits der noch gesunden Träger der Landwirtschaft sind mit Sicher-

heit zu erwarten. Die Regierung wird eindringlichst davor gewarnt, sich ohne eingehende vorherige Fühlungnahme mit allen beteiligten Kreisen zu Massnahmen dieser Art drängen zu lassen."

Stützungsstellen kaufen.

(Berliner Getreidebörse vom 13.Januar.)

SPD. Bei schlechter gewordenen Exportaussichten musstem die Stützungsstellen am Freitag schon vor der Börse eingreifen, um den Markt vom Angebot zu entlasten. Am Lieferungsmarkt konnten die Märznotierungen für beide Brotgetreidearten gehalten werden. Die Mainotierung zeigte sogar einen Aufschlag von 25 Pfennigen. Am Effektivmarkt hielten sich die Mühlen stark zurück, umso mehr mussten die Stützungsstellen eingreifen.

	12.Jan.	13.Jan.
	(ab märkische Station in Mark.)	
Weizen	186 - 188	186 - 188
Roggen	152 - 154	152 - 154
Braugerste	165 - 175	165 - 175
Futter= und Industriegerste	158 - 164	158 - 164
Hafer	112 - 116	112 - 116
Weizenmehl	22,75 - 26,10	22,75 - 26,10
Roggenmehl	19,30 - 21,60	19,30 - 21,60
Weizenkleie	8,75 - 9,00	8,75 - 9,00
Roggenkleie	8,70 - 9,00	8,70 - 9,00

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März 204¾ - 204⅓ (204¾), Mai 207¼ - 206¾ (207), ruhig. Roggen März 164¾ - 164¼ (164¾), Mai 167¼ - 166¾ (167), ruhig. Hafer März 123 (123⅓), Mai 126⅓ - 126 (126¾) ruhig.

Berliner Viehmarkt.

(13.Jan.)

SPD. Die starken Preisbesserungen am letzten Markt hatten am Freitag überall starken Auftrieb zur Folge. Der Schweinemarkt war z.B. mit fast 13500 Tieren beschickt, also 3 000 mehr als normal. Im Schweinehandel gab es langsames Geschäft mit nachgebenden Preisen. Auch auf den anderen Märkten gaben die Preise nach. Auf dem Kälbermarkt waren gute Kälber knapp.

Notierungen. Schweine a) über 300 Pfund - (-39), b) 240-300 Pfd. 36-37 (39), c) 200-24 0 Pfd. 35-36 (37-39), d) 160 - 200 Pfd. 33 - 35 (36-37), e) 120 - 160 Pfd. 31 - 33 (33-35), Sauen 33-34 (34-36). Schafe: a) 31 - 32 (31-32), b) 29-30 (28-30), c) 26-28 (26-27), d) 15-25 (17-25). Kälber: b) 35-41 (38-43), c) 25 -35 (27-36), d) 17-23 (17-25). Kühe: a) 22 - 25 (22-24), b) 19-21 (18-21), c) 15 - 17 (15-17), d) 10 - 14 (10-14).

Gewerkschaftliche Rundschau

Moskauer Solidarität.

Helfer oder Erpresser?

SPD. Vor einigen Tagen brachten wir eine Schilderung der bitteren Erfahrungen der norwegischen Gewerkschaften mit der "Solidarität", wie sie in Moskau geübt wird. Unsere Feststellungen gingen den Kommunisten auf die Nerven, und prompt veröffentlichten ihre Blätter einen dreisten Ableugnungsversuch. In ihrem Rechtfertigungseifer haben die deutschen Handlanger Moskaus an Dinge gerührt, die sie besser ruhen gelassen hätten. Sie haben uns damit nur eine Gelegenheit gegeben, nun noch etwas deutlicher zu werden.

Unsere Feststellung besagte kurz: die norwegischen Wald- und Landarbeiter wurden von den Russen trotz des Bestehens einer ausdrücklichen Abmachung über gegenseitige Unterstützung schmählich im Stich gelassen, als sie 1930 einen schweren Streik durchzukämpfen hatten. Was hat die Kommunistenpresse darauf zu erwidern? Sie erklärt keck, für die Russen habe eine Verpflichtung zur Unterstützung überhaupt nicht bestanden; es sei eine Lüge, dass zwischen den norwegischen und russischen Wald- und Landarbeitern 1927 eine Vereinbarung über gegenseitige Unterstützung im Falle eines Streiks oder einer Aussperrung getroffen worden sei. "In Wirklichkeit", so versichern die Kommunisten, "wurde im Jahre 1927 ein Einheits- und Freundschaftskomitee zwischen norwegischen, finnischen und sowjetrussischen Land- und Forstarbeitern geschaffen..." Ein "Einheits- und Freundschaftskomitee"? War das vielleicht nur eine Art internationaler Kegelklub? Aber nein! "Dieses Einheits- und Freundschaftskomitee der sowjetrussisch-norwegisch-finnischen Land- und Forstarbeiter wurde" - die Kommunisten sagen es selbst - "geschaffen, um auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes und der internationalen Solidarität den Kampf gegen die Angriffe der Kapitalisten auf die Lebenslage der Land- und Forstarbeiter besser organisieren und führen zu können..." Also war das "Einheits- und Freundschaftskomitee" doch kein Kegelklub, sondern ein Kampfkomitee. Aber vielleicht war der "Boden des revolutionären Klassenkampfes und der internationalen Solidarität" dieses Komiteesnur ein hohler Boden? Die Norweger waren jedenfalls zunächst nicht dieser Auffassung. Und die Russen? Nun, die Kommunistenpresse versichert, die sowjetrussischen Verbände seien den norwegischen Forstarbeitern sofort zu Hilfe geeilt. Also doch Hilfe! Aber vielleicht war diese Hilfe keine selbstlose Opferbereitschaft?

Was war denn das nun für eine Hilfe? Es war - so donnert die kommunistische Entrüstung - eine Hilfe von "sage und schreibe 100 000 Kronen", die der Zentralrat der russischen Gewerkschaften für die Unterstützung der streikenden Holzfäller angeordnet habe, und die die reformistischen Führer des norwegischen Gewerkschaftsbundes und des Vorstandes des Land- und Forstarbeiterverbandes den Streikenden "vorzuenthalten" beschlossen hätten.

In Wirklichkeit sah die russische "Hilfe" so aus: Als es Per Vestad, dem Vertrauensmann der Wald- und Landarbeitergewerkschaft Norwegens, trotz dreimaliger Reise nach Russland nicht gelungen war, die Russen zur Erfüllung ihrer Verpflichtung zu bewegen, veranlasste er die norwegische Landesorganisation, die dem Zentralrat der russischen Gewerkschaften Geld schuldete, in Moskau

anzufragen, ob man von dieser Summe den Streikenden einen gewissen Betrag zur Verfügung stellen würde. Und siehe da: aus Russland traf die Bewilligung ein - aber sie war an eine Bedingung geknüpft, und diese Bedingung verletzte in gröbster Weise die Freiheit und Selbständigkeit der norwegischen Gewerkschaft. Die Rissen erklärten sich bereit, die Streikmittel zu gewähren unter der Voraussetzung, dass das Geld der Opposition innerhalb der Gewerkschaft ausgehändigt werde.

Moskau wollte also in einem Augenblick, wo sich die norwegischen Forstarbeiter nach den Worten der Kommunistenpresse "in schlimmster Not" befanden, nur unter Bedingungen helfen. Der russische Zentralrat nahm die Gelegenheit "schlimmster Not" wahr, um Bedingungen zu diktieren und einen Druck auf die Gewerkschaftsleitung auszuüben. Die Russen wollten mit dem Gelde sich das Stimmrecht in den internen Angelegenheiten der norwegischen Gewerkschaft erkaufen.

Davon spricht die Kommunistenpresse nicht. Sie redet nur davon, die reformistischen Führer des norwegischen Gewerkschaftsbundes und des Vorstandes des Land- und Forstarbeiterverbandes hätten beschlossen, das für die streikenden Holzfäller bestimmte Geld diesen "vorzuenthalten". Das klingt so, als on die reformistischen Gewerkschaftsführer nur deshalb das Geld nicht für die Streikbewegung verwandt haben, um von den Zinsen des Kapitals leben zu können. Wenn jemand ein Geschäft machen wollte, dann war es der Zentralrat in Moskau. Er ging auf Wucher aus. Er wollte aus einer Hilfsaktion einen Erpressungsversuch machen.

SPD. Die Losung für die Betriebsräteneuwahlen 1933 lautet, wie die "Gewerkschaftszeitung", das Organ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, in ihrer neuesten Nummer ankündigt: Einigung der Arbeiterschaft in den Gewerkschaften!

Die Kommunisten wollen das Betriebsrätegesetz nur für ihre parteipolitische Agitation ausnutzen. Ihnen ist es niemals um die sachliche Erfüllung der Rechte und Pflichten aus dem Betriebsrätegesetz zu tun gewesen. Den parteipolitischen Unfug muss aber bei den neuen Betriebsrätewahlen ein Ende gemacht werden. "Politische Parteien einerseits, Gewerkschaften andererseits und ausserdem gesetzliche Betriebsvertretung", erklärt die Gewerkschaftszeitung, "haben je für sich ihre besonderen Aufgaben zu erfüllen. Die politischen Verhältnisse in Deutschland in fortschrittlichem Sinne zu gestalten, ist vornehmlich Sache politischer Parteien. Die wirtschaftlichen und sozialen Rechte der Arbeiter auszubauen und zu verbessern, ist in erster Linie Sache der Gewerkschaften. Die Durchführung der gesetzlichen und tarifvertraglichen Rechte in den Betrieben neben den Gewerkschaften zu überwachen, den Entlassungsschutz der Belegschaftsangehörigen durchzuführen, ist gesetzliche Aufgabe der Betriebsvertretungen. So hat jeder Teil seine eigenen selbständigen Aufgaben. Es ist im übrigen nicht nur selbstverständlich, sondern auch die Pflicht jedes aufgeklärten Arbeiters, sich gewerkschaftlich und politisch zu betätigen. Mit der Durchführung der Rechte und Pflichten aus dem Betriebsrätegesetz hat das alles aber nichts zu tun. Da aber die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der Belegschaften von den Gewerkschaften gestaltet werden, da die Gewerkschaften die Träger der Tarifverträge sind, empfangen die Betriebsvertretungen aus den Gewerkschaften ihre Kraft und ihr Aufgabengebiet. Aus diesem Grunde sind sie der verlängerte Arm der Gewerkschaften. Gewerkschaften und Betriebsräte sind eins."

Der Einfluss der freien Gewerkschaften in den Betriebsvertretungen ist,

wie ein Blick auf das Ergebnis der Wahlen von 1930 und 1931 zeigt, vollkommen ausschlaggebend. Die freien Gewerkschaften konnten 1930 135 689 Betriebsvertretungsmitglieder mustern und 1931, also nachdem die Beschäftigtenzahl stark zurückgegangen war, 115 671. Demgegenüber fallen die Ziffern der Kommunisten kaum ins Gewicht. Gewiss hat die Zahl der kommunistischen Betriebsvertretungsmitglieder von 1930 (2 374) bis 1931 (4 664) sich verdoppelt. Da aber der prozentuale Anteil der Kommunisten an der Gesamtzahl der Betriebsvertretungsmitglieder nur von 1,5 auf 3,4 v.H. gestiegen ist, sind sie nach wie vor bedeutungslos.

Das alles darf natürlich kein Grund sein, nun etwa die Hände in den Schoss zu legen. Wer auf die parteipolitische Zerstörungsarbeit der Kommunisten oder Nationalsozialisten hereinfällt, schädigt die Interessen der Arbeiterklasse.

SPD. Der Vorstand des freigewerkschaftlichen Malerverbandes hat an die Reichs- und Landesbehörden, die Stadtverwaltungen, und die Direktionen der Reichsbahn und der Reichspost das dringende Ersuchen gerichtet, bei der Vergebung von Aufträgen für das Maler-, Tüncher- und Lackierergewerbe die Beschäftigung von Gehilfen zur Bedingung zu machen, bezw. diejenigen Betriebe zu bevorzugen, die Gehilfen beschäftigen. Das gleiche fordert der Verband für Aufträge, die teilweise oder ausschliesslich mit öffentlichen Mitteln finanziert werden.

Nach übereinstimmenden Berichten auf dem Verbandsgebiet werden die Arbeiten durch die Alleinmeister meist nur mit Lehrlingen bei übergrosser Arbeitszeit ausgeführt, ja es sind viele Fälle bekannt geworden, wo Lehrlinge von anderen Betrieben ausgeliehen wurden, um Gehilfenlöhne zu sparen. Das ist ein unmöglicher Zustand.

Die Arbeitslosigkeit ist im Malerberuf ganz besonders drückend. Die Ursache dafür ist neben der allgemeinen Wirtschaftslage auch in der Uebersetzung des Berufs zu suchen. Die Zahl der Lehrlinge, Gehilfen und Meister im Malerberuf ist heute so gross, dass selbst bei besserer Wirtschaftslage ein starker Ueberfluss an Arbeitskräften vorhanden sein wird. Aber jeder will leben, auch der Gehilfe.

SPD. Für das badisch-pfälzische Elektro-Installationsgewerbe wurde ein neues Lohnabkommen mit Wirkung ab 1. Januar abgeschlossen. Die Stundenspitzenlöhne betragen für den gelernten selbständigen Facharbeiter 96 Pfennig, für den Hilfsmonteur und gelernten Facharbeiter 86, für den Helfer 76 und für den ungelernten Arbeiter 71 Pfennig. Das Abkommen bringt auch eine neue Ortsklasseneinteilung und ist erstmals zu Ende September kündbar.

Durch Vereinbarung der Parteien wurde der Spitzenlohn im Kölner Holzgewerbe von 1 Mark auf 96 Pfennig herabgesetzt.

SPD. In den Vereinigten Staaten hat der demokratische Senator Copland einen Gesetzentwurf angekündigt, der die amerikanischen Schauspieler gegen Arbeitslosigkeit schützen soll. In Zukunft sollen nur noch in ganz besonderen Ausnahmefällen Nichtamerikaner an amerikanischen Bühnen auftreten dürfen.

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S·P·D

Berlin, den 13. Januar 19[illegible].

Die Wilderer.[x]

SPD. Es waren ihrer vier, die beim dampfenden Grog sassen und das zufällige Wiedersehen lange ausdehnten. Draussen zerrte der Wind an frostknarrenden Zweigen. Keiner der Gasthausbesucher schien durch die kalte Nacht heimgehen zu wollen. Unsre vier, die sich die Zeit bislang damit vertrieben hatten, ihres Lebens Werdegang voreinander auszubreiten, waren an einem toten Punkt angelangt. Ein jeder spürte aus den Andern Schilderung den Ernst des Lebenskampfes, war dieser auch Geschäftsmann und jener Schullehrer, der dritte Vertreter und der vierte bescheiden bezahlter Buchhalter. Nach dem, was sie voneinander hörten, war die Stimmung durchaus nicht auf Frohsinn und Scherz eingestellt.

"Schulmeister", meinte Paul Weinert, "erzählen Sie uns was! Wir brauchen Stimmung."

"Ach bah, Stimmung! Bei diesen Zeiten?"

"Na, etwas Aufmunterndes werden Sie schon wissen."

Der Bedrängte lehnte ab. Er wüsste nichts. Ein Andrer möge beginnen. Aber er fand keine Gegenliebe. Da schlug er, ihrer vorhandenen Stimmung gerecht werdend, vor, jeder möge sein grässlichstes Erlebnis schildern. Verblüfftes Schweigen. Jetzt wollte erst recht niemand den Anfang machen. Lehrer Baumgart erläuterte seinen Vorschlag dahin, er habe, trotzdem er von 1914 bis 1918 mit "dabei" gewesen wäre, erst drei Wochen vor diesem Zusammentreffen sein grässlichstes Erlebnis gehabt. Wenn er beginnen solle..... "Man zu!" ward er genötigt. Da erzählte der Mann:

"Ich hatte das Glück, wieder einmal von Tierarzt V. zur Jagd eingeladen zu werden. Da es zwei Böcken galt, war ich gern sein Begleiter. Wir waren am Nachmittag im Krug von B...dorf angekommen und harrten dort der Mitteilung über den Stand der Tiere. Unser Jagdausflug schien unter keinem guten Stern zu stehen. Schon der Krugwirt meinte, Wilderer hätten sich in der Gegend recht frech betragen und bereits zwei kapitale Stücke aus dem Nachbarforst geholt. Abwarten, dachten wir; Hartmann wird uns schon Bescheid stossen.

Als Hartmann, der Heger, erschien, verrieten seine Mienen Bekümmernis. Wir müssten mit den Wilderern rechnen. Am Tage zuvor habe ihr Hund einen unsrer Böcke gehetzt. Die Schützen hätten's jetzt sicherlich auf unser Revier abgesehen.

Dass V. den Strolchen nicht seine Tiere überlassen wollte, war klar. Wir brachen dann auch beizeiten auf. In einer Schneise am Knick, in der Futtersaat stand, wollten wir den ersten Bock erwarten. Die Mondsichel spendete gerade noch ausreichendes Licht. Regungslos harrten wir. Fünf Viertelstunden. Durch die Tannenwipfel strich der Wind. Die nächtliche Kühle war erträglich. Ab und zu knackte ein Zweig. Nachtvögel wurden hörbar, schwirrten an uns vorbei. Gespenstig war's, doch uns Naturfreunden nicht unheimlich.

Aber in uns frass eine Unruhe, die wir beide sonst nicht kannten. Der Gedanke an die Wilderer störte den Frieden unsrer Überlegungen. Sollten sie....

Da! Ein schwarzer Fleck am Rande der Schneise. Unser erwarteter Rehbock. Das Glas liess deutlich seine Umrisse erkennen. Noch war er zu weit abseits. Lange lugte er. Wir standen gut zum Winde. Er musste unser werden.

Plötzlich ein Doppelschuss! Eh' wir's begriffen, war es geschehen. Der Bock stürzte. Er erhob sich wieder. Das angeschossene Tier bewegte sich. Es kam direkt in Richtung auf uns die Schneise herunter. Aber welche Ungeheuerlichkeit hatte sich zugetragen! Es war grauenhaft.

Dem Rehbock waren beide Vorderläufe abgeschossen. In grässlichem Schmerze versuchte er auf den wunden Beinstümpfen zu entkommen, denn ein Hund hetzte hinter ihm her.

Dieses alles hatten wir noch nicht recht erfasst, da war das verstümmelte Stück schon an uns vorbei. Anstatt aus der Büchse feuerte V. im Nu seinen Revolver leer. Das Hundevieh krepierte. Mit diesen Schüssen waren zwar die frevelhaft jagdunfähigen Wilderer verscheucht, doch wir hatten den Bock zunächst vor dem Zerfetztwerden gerettet.

Er war schon verschwunden, als wir den Waldweg hinuntereilten, während der Heger derweil versuchte, den Schwarzschützen nahe zu kommen.

Als der Morgen graute, nach drei Stunden mühevollen Suchend mit der Blendlaterne, fanden wir das grausam gemordete Tier verendet auf. Mit Tränen in den Augen, seinen Mördern fluchend, schafften wir es fort.

Drei Tage nacheinander in weitem Umkreis wiederholte Razzien lieferten der Polizei die Wilderer in die Hände. Reicht der Tierquälerei-Paragraph überhaupt aus für die Schandtat jener Nacht, die mehr Männer als Tierarzt V. und mich tränenden Auges sah? Kann der Gesetzesparagraph jenen Jagdpfuschern, jenen Unmenschen die "verdiente" Strafe geben? - -

Ein weiteres grässliches Erlebnis vermochte nach dieser Schilderung niemand aus der Runde mehr zu erzählen.

Max Dutke.

Der junge Wilhelm Liebknecht.[x]

SPD. Da die Welt wohl noch Jahr und Tag auf die allen wissenschaftlichen Ansprüchen genügende Biographie zu warten hat, die die Sozialdemokratie ihren beiden grossen Vorkämpfern im ersten bis 1914 reichenden Abschnitt der Bewegung, August Bebel und Wilhelm Liebknecht, schuldet, müssen wir inzwischen jenen Baustein zu jenem ragenden Gebäude dankbar begrüssen. Baustein - der Begriff erschöpft freilich nicht die Schrift, die Ernst Nobs unter dem Titel "Aus Wilhelm Liebknechts Jugendjahren" im Verlag der Genossenschafts-Buchhandlung in Zürich herausgegeben hat. Vielmehr ist es, so anziehend durch seine Form wie wertvoll durch seinen Inhalt, ein durchaus geschlossenes und selbständiges kleines Werk, das Bekanntes in neue Zusammenhänge einordnet und, da es sich nicht auf gedruckte Quellen beschränkt, sondern auch aus Akten und Archiven schöpft, manche neue Kenntnis und Erkenntnis vermittelt.

Sieht man von den in Kalendern und Zeitschriften verstreuten Erinnerungen des "Alten" an seine Jugend ab, ist die Schweizer Episode seines Lebens bisher ziemlich stiefmütterlich behandelt worden - unverdient stiefmütterlich, denn in mehr als einem Betracht war sie für seine Entwicklung bedeutsam. Es ist ein einundzwanzigjähriger, hochgemuter, von der Stickluft der deutschen Unfreiheit angeekelter Student, der 1847, eigentlich europamüde und auf dem Weg nach Amerika, durch einen Zufall nach Zürich verschlagen wird. Was die Wage zugunsten der Limmatstadt senkt, ist wohl die Lehrerstelle, die ihm am Fröbelschen Institut angeboten wir. Dass es eine Volontärstelle ist, die keinerlei Bezahlung abwirft, bekümmert den jungen Idealisten nicht weiter; Hauptsache, dass er an einer Arbeitsstätte, die an der Spitze der pädagogischen Reformbestrebungen steht, einem angeborenen Triebe seiner Natur nachgeben, dass er lehren, unterrichten, Schulmeister sein kann. Denn zum Schulmeister fühlt sich der Nachkomme einer langen Reihe von Professoren und Pastoren berufen, und einen Schulmeister nennt er sich noch mit Stolz, als sein Katheder längst die Tribüne des Reichstags und der Volksversammlung ist. Aber schon in Zürich genügt es ihm nicht, sich lediglich in der Schulstunde vor seinen Schülern auszuge-

ben, er möchte mehr in die Weite wirken, und da sein politischer Nerv ungewöhnlich gespannt ist, fühlt er sich in der Schweiz, die eben in einem Bürgerkrieg, dem Sonderbundskrieg, den Kampf zwischen Absolutismus und Demokratie zugunsten der bürgerlichen Freiheit entscheidet, wie der Fisch im Wasser. Am liebsten stritte er mit der Waffe in der Hand in Reih und Glied; er meldet sich als Freiwilliger; zurückgewiesen, stellt er wenigstens seine Feder in den Dienst der guten Sache. Als Mitarbeiter der "Mannheimer Abendzeitung" lässt er klares Licht auf die Vorgänge in der Schweiz fallen, die er trotz seiner unerfahrenen Jugend in ihren grossen europäischen Zusammenhängen zu erfassen weiss.

Dann reisst ihn 1848 die Kunde von der Pariser Februarrevolution, der wie der Donner dem Blitz die deutsche Märzrevolution folgt, von der kleineren auf eine grössere Bühne. Nur zu kurzem Zwischenspiel kehrt er nach zwei Monaten ans Ufer der Limmat zurück, aber als er Mitte Juli 1849 wieder in der Schweiz, diesmal in Genf, eintrifft, ist Wilhelm Liebknecht kein grüner Bursch mehr, sondern mit seinen dreiundzwanzig Jahren ein Mann, der sich mit Recht einen "Soldaten der Revolution" heissen kann: ob er auf dem Schlachtfeld als Rebell die Kugeln pfeifen hörte, ob er in der Kerkerzelle als Gefangener seinen Träumen nachhing, er hat "alles im Tiefsten erlebt, hat mit der Revolution alles erhofft und mit ihr alles erlitten". Jetzt, in der Emigration, geht er in dem lustigen Zigeuner-, Bummel- und Kneipentreiben der "Schwefelbande", obwohl er als einer der Kecksten und Unbekümmertsten mitmacht, keineswegs auf und unter. Zwar scheitert ein Versuch, vom Schriftsteller zum Schriftsetzer umzusatteln, aber in dem Deutschen Arbeiterbildungsverein zu Genf, der ihn nach kurzer Mitgliedschaft zu seinem Präsidenten erkürt, findet der Ungeduldige und Unermüdliche ein erwünschtes Tätigkeitsfeld. Vielleicht überschätzt Nobs etwas die Bedeutung des Wortes "sozialdemokratisch" bei den Bestrebungen dieser Vereine, denn anno 48 und 49 nennen sich Politiker und Programme sozialdemokratisch, die wir nur als verwaschen sozialreformerisch bezeichnen würden, aber mit Recht hebt das Buch hervor, dass Liebknecht die deutschen Arbeiter eigentlich erst recht in der Schweiz kennen gelernt hat; und dass er jedenfalls ihnen sozialistische Gedankengänge nahezubringen sucht, unterliegt keinem Zweifel. Als Vorsitzender des Vereins am Vorort Genf steht der junge Akademiker an der Spitze aller deutschen Arbeitervereine in der Schweiz, die in Lausanne, Vevey, La Chaux-de-Fonds, Neuenburg, Freiburg, Bern, Luzern, Basel, Zürich, Winterthur, St.Gallen und andern Städten rund 800 Mitglieder zählen. An diesem Posten wirkt er mit der Begeisterung und dem Feuereifer, die bestes Teil seines Wesens sind und bleiben, und trägt damit seinen Namen in das erste Kapitel der Geschichte der deutschen wie der schweizerischen Arbeiterbewegung ein, aber der für den 20.Februar 1850 einberufene Kongress zu Murten, der die Herausgabe einer Zeitung, die Gründung einer Hilfskasse und die straffere Zusammenfassung aller einschlägigen Vereine bringen soll, weckt den Argwohn der von aussen aufgehetzten Behörden und verfällt noch vor Beginn der Auflösung. Nach sechs Wochen Haft im Jaquemard, einem bekannten Turm der Kantonshauptstadt Freiburg, wird Liebknecht polizeilich nach Frankreich abgeschoben, das ihm Durchgangsstation für England ist, aber er verlässt die Schweiz ganz anders, als er sie drei Jahre zuvor betreten hat - mit der Klarheit über seine Zukunft, die dem Kampf um die Befreiung der arbeitenden Klasse gewidmet sein wird.

In den noch erhaltenen Freiburger Untersuchungsakten findet sich ein Signalement des jungen Revolutionärs:

Name: Liebknecht, Wilhelm
Alter: 23 Jahre
Grösse: 5 Fuss 3 Zoll französisches Mass (1,70 m)
Stirne: gewöhnlich
Augenbrauen: ebenso

Bart: sprossend
Nase: gewöhnlich
Mund: klein
Kinn: rund
Gesicht: oval
Gesichtsfarbe: blass
Augen: hellbraun

Mag an dieser Beschreibung im Übrigen alles stimmen, so trifft doch eins daneben: Stirn - gewöhnlich. Denn es ist eine sehr ungewöhnliche Stirn, die der deutschen Arbeiterbewegung über ein Menschenalter wie eine Flamme voranleuchten soll.

Hermann Wendel.

Eine politische Kurzgeschichte.[x]

Von Philipp Scheidemann.

SPD. Ein Kamerad des Oberosaf Hitler zog durchs Land und "stellte fest", ich hätte einträglichen Landesverrat verübt, als ich 1914, 1915, 1916 und 1917 jenseits der Grenzen Deutschland für schwere Millionen an die Botschafter Frankreichs, Englands usw. verhökerte. Da dem Kameraden des Oberosaf einige ganz kleine Irrtümer unterlaufen waren, klammerte ich mich verzweifelt daran fest und lieferte ihn dem Staatsanwalt aus. Er, nach meiner Vernehmung als Nebenkläger: "Aha! also schon 1914 waren Sie in Holland, um unser Vaterland... - Ich fragte ihn, ob er etwa der Ansicht sei, dass man im Kriege nach Belieben hätte über die Grenzen gehen können? Er sperrte wegen dieser Frage die treuen blauen Augen, an denen man den Nazi erkennt, weit auf. Als ich danndarlegte, dass zum Ueberschreiten der Grenze damals eine besondere Erlaubnis der Reichsregierung notwendig gewesen sei, sperrte er auch noch den Mund auf. Und als ich dann, unter erfreulicher Heiterkeit des Gerichtshofs und des grösseren Teils der Zuhörer, einige pompöse Pässe aus jener Zeit auf dem Tische des Hauses deponierte, zog der oberosaftige Patriot auch noch die Stirn in Falten und streckte automatisch, bis in die Höhe des Nabels, die beiden Vorderflossen weit von sich. Dann führte ich lachend, wie der Vorsitzende, der Staatsanwalt und alle Andern im Gerichtsladen, den Schlag, der den Hitlermann k.o. machte:

"Hören Sie mal, was auf diesem Pass gedruckt steht: Wir, Wilhelm von Gottes Gnaden, Deutscher Kaiser, König von Preussen usw., ersuchen hiermit alle Militär- und Zivilbehörden der anderen Mächte, sämtlichen Uns untergebenen Militär- und Zivilbehörden aber befehlen Wir ausdrücklich, den Redakteur Philipp Scheidemann, M.d.R., ungehindert reisen, auch nötigenfalls ihm Schutz und Beistand angedeihen zu lassen... Berlin, den ... Auf Seiner Kaiserlichen und Königlichen Majestät allerhöchsten Spezialbefehl."

An die Verlesung dieses vorgedruckten Pass-Textes erlaubte ich mir, zu dem Beklagten gewendet, in geziemender Bescheidenheit die spöttische Bemerkung zu knüpfen: "also sozusagen im Auftrag des Kaisers und seiner Regierung auf Landesverrat abkommandiert."

Der Hitlermann sollte sechs lange Monate über meinen Landesverrat nachdenken. Da er aber vom Pech verfolgt wird, vereitelte ihm die Amnestie diese günstige Gelegenheit. Natürlich berichtete die Presse über die Angelegenheit. Wie ein solcher Bericht entsteht, weiss man: flüchtige Notizen im Gerichtssaal für das Diktat in die Schreibmaschine. Dann geht's an das Korrespondenzbüro, wo der Bericht gekürzt wird. So geht er an die Zeitungen. Die Redakteure kürzen und verbessern weiter... "Und dann der Herre Hauptmann!" Im "Tagebuch" gibt er zur höheren Ehre der dritten Internationale seinen allerweltsschulmeisterlichen Senf dazu: mit ausdrücklichem Auftrag der deutschen Regierung,

"auf deren Geheiss habe er (Scheidemann) auch noch 1917 an dem Sozialistenkongress in Schweden teilgenommen." Die ausländischen Sozialisten erfahren jetzt definitiv, "dass der Deutsche damals wirklich nicht mit einem Auftrag seiner Arbeitsbrüder, sondern mit einem Geheimauftrag der Wilhelmstrasse kam.

Ganz so haben es die Regierungen unsrer Kriegsgegner, die Franzosen, die Entländer, die Italiener und alle andern auch gesagt, als sie den dortigen Genossen die Pässe für die Sozialistische Friedenskonferenz in Stockholm verweigerten. Das Verhalten der feindlichen Regierungen den Sozialisten gegenüber und ihr Wille, alle Friedensbemühungen deutscherseits zu zerschlagen, um weiter zu kämpfen, bis Deutschland am Boden liege, wird "gerechtfertigt" durch Auslassungen, wie sie das "Tagebuch" druckt. Glücklicherweise ist das "Tagebuch" für die Historiker bedeutungslos. Alle Teilnehmer an der Stockholmer Konferenz, aus den neutralen Staaten und den Ländern unsrer Verbündeten wisse was wir deutschen Sozialdemokraten damals getan haben. Gemeinsam mit Stauning Troelstra, Albarda, Branting, Victor Adler, Seitz, Ellenbogen und Renner habe wir in monatelanger Arbeit Stockholm vorbereitet. Wenn die Regierung Bethmann Hollweg uns die Pässe für Stockholm gab und auf unser dringendes Verlangen solche Pässe auch den Mitgliedern der U.S.P. auslieferte, so spricht das ganz gewiss nicht gegen uns, beweist aber, dass die deutsche Reichsregierung ernstlich gewillt war, alles zu unterstützen, was der Herbeiführung eines Verständigungsfriedens, wie wir Sozialdemokraten ihn verlangt haben, dienen konnte.

Der Europäer Stendhal.[x]

(Zu seinem 150.Geburtstage am 23.Januar.)

SPD. "Ich werde erst um 1880 gelesen werden" - so schrieb Stendhal einmal über sich selbst und sein literarisches Werk. Diese Prophezeiung ist nur in beschränktem Masse eingetroffen, denn wirklich volkstümlich ist der französische Schriftsteller niemals geworden. Und doch haben gerade wir in Deutschland allen Grund, uns mit Stendhal zu beschäftigen, denn er gehört zu den wenigen Franzosen, die vor Romain Rolland der deutschen Landschaft und ihren Bewohnern deutscher Geistigkeit und deutscher Kultur Verständnis, ja, mehr als das, nämlich Bewunderung und Liebe entgegenbrachten, ohne jedoch in blinde Kritiklosigkeit zu verfallen.

Wenn wir am 150.Geburtstage Stendhals uns in Gedanken an seinem Grabe zusammenfinden und sein Wesen in allen seinen Tönungen mit kurzen, scharfen Strichen auf der Palette der Wirklichkeit unsrer Zeit lebendig werden lassen, so dürfen wir alles das, was historisch ist an seinem Bilde, nur knapp streifen. Denn für uns Menschen des 20.Jahrhunderts, die wir völlig eingespannt sind in grosse europäische Probleme, hat es nur mittelbares Interesse, zu wissen, dass Stendhal eigentlich Henry Beyle hiess und seinen Namen nach der deutschen Stadt Stendal, der Heimat des von ihm hoch verehrten deutschen Altertumsforschers Winckelmann, wählte. Es genügt auch, kurz zur Kenntnis zu nehmen, welchen Lebensweg er ging, welche Berufe Stendhal in seinem Leben ausfüllte, dass er 1783 in Grenoble geboren wurde, dass er kaiserlicher Beamter, Auditeur im Staatsrat und nach der Julirevolution Generalkonsul gewesen ist. Viel stärker berührt uns alles das, was heute noch vom Werke des Toten zu uns herüberklingt und was von uns wieder zu ihm zurückschwingt im ewigen Rhythmus geistiger Strömungen, die Jahrhunderte brauchen, um sich auszuschöpfen.

Den "grossen Europäer", der "schauerlich einsam" stehe, so nannte ihn Friedrich Nietzsche und hat damit mit einem einzigen Worte das innerste Wesen Stendhals erfasst. Was wir Menschen des 20.Jahrhunderts werden wollen, was wir werden müssen, um nicht wirtschaftlich und kulturell Spenglers düsteres Schattenbild vom "Untergang des Abendlandes" auf die Leinwand der Völkerge-

schehnisse zu werfen - das war Stendhal. Nur aus diesem europäischen Weltbild heraus, wie er es in Gehirn und Seele trug, ist seine grosse Objektivität Deutschland gegenüber zu verstehen, und nur aus dieser modernen Weltanschauung heraus begreift man, wie der Franzose Stendhal jahrelang in Italien leben konnte, es als zweite Heimat empfand und auf seinen Grabstein die Worte "Arrigo Beyle, Milanese", also seinen Geburtsnamen ins Italienische übertragen, zu setzen bat. Deutschland, Frankreich, Italien - sie waren drei Quellen für ihn, die ihn speisten, nicht weniger, aber auch nicht mehr. - -

Seitdem Friedrich von Oppeln-Bronikowski um das Jahr 1903 seine deutsche Ausgabe der Werke Stendhals begann, ist der Europäer Stendhal uns etwas näher gerückt. Nur eine verhältnismässig kleine Zahl liest allerdings heute noch seinen sprachlich so gefeilten, psychologisch so scharfen Roman "Rot und Schwarz" oder gar die "Kartause von Parma" aber wer Stendhal liest, der fühlt gerade heute, im Zeitalter der neuen Sachlichkeit, die Tiefe seiner Menschlichkeit, die Meisterschaft der kühlen, scheinbar uninteressierten psychologischen Schilderung, mit der Stendhal Menschen vor uns hinstellt. Er selbst sagt einmal, er habe nur für das menschliche Herz Interesse; alles Andre langweile ihn - auch dieser Ausspruch in seiner gewollten Gleichgültigkeit ist typisch für den Schriftsteller und den europäischen Menschen Stendhal denn dieses fast blasierte "nur" ist in Wahrheit die Eingangstür zu einer Welt die alle Grenzen und Grenzpfähle längst hinter sich gelassen hat. Hier ist auch gleichzeitig der verbindende Weg zwischen heute noch eindrucksstarken Kapiteln seiner Romane (denken wir nur an die Frauengestalt in "Rot und Schwarz", in der langsam eine überwältigende Liebe für den Lehrer ihre Kinder aufbricht; um einige grosse Kapitel herauszugreifen!) und seiner Studie "Ueber die Liebe". Auch hier durchbricht Stendhal die Grenzen Frankreichs, ja, er bestreitet, dass die reine, tiefe Liebe, wie er sie in seinen Romanen zu gestalten sucht, und wie sie seiner Studie vorschwebt, in Frankreich überhaupt möglich sei! Jede Äusserung der Seele, die der Vollkommenheit nachstrebt muss allgemein menschlich, nicht volksgebunden sein: So etwa empfindet er als Mensch wie als Schriftsteller. Und wie er selbst ein Baum ist, der zwar seiner Geburt nach in französischer Erde wurzelt, auch typisch französische Wesenszüge aufweist, aber doch seine Äste weit hinüber reckt in die Nachbarkulturen, so kristallisieren die Gestalten seines künstlerischen Schaffens das volkhaft Gebundene der Einzelnation im ewig Menschlichen.

In der Literaturgeschichte hat Stendhal als einer der Begründer des realistischen und psychologischen Romans längst seinen festen Platz. Aber dieser Europäer verdient doch etwas mehr als nur papiernen Ruhm; er verdient Aufmerksamkeit und Verständnis, gerade von uns Deutschen. Und wenn Friedrich Nietzsche einer der Wenigen, der Stendhal wirklich kannte und erlebte, einmal bitter bekannte, es sei ihm mehr als einmal vorgekommen, wenn er Stendhal als tiefen Psychologen gerühmt habe, dass Kollegen, also Universitätsprofessoren, ihn nur fragend angeblickt hätten, weil sie nicht einmal Stendhals Namen kannten, so liegt darin eine Aufforderung, nicht zuletzt an die Gegenwart! Gerade wir, die wir Besatzungsnöte und alle Schrecken eines europäischen Krieges kennen gelernt haben, grüssen den französischen Offizier Stendhal, der das niedergerungene Deutschland vor 1813 nicht als Eroberer, sondern als verständnisvoller Freund betrat. Er, der als Kriegskommissar von 1806 bis 1808 in Braunschweig weilte, der Königsberg kannte, sieht in dem am Boden liegenden Volk nicht den "Feind", sondern den ringenden geistigen Menschentypus. Man braucht nur einen Blick in das von Oppeln-Bronikowski entdeckte Fragment "Rosa und Grün" zu werfen, um Dutzende von Beispielen dafür zu finden.

Die Musik Mozarts empfand Stendhal wie einen tiefen Einklang mit dem, was er selbst in sich trug, mit seiner klaren Leichtigkeit, den feinen, einfachen Linien seines Stilgefühls, die sich, dem Beobachter fast unmerklich, in die Tiefe senken, ohne dass der leicht dahinströmende Fluss es lärmend

anzeigt. Nicht viel Wesen machen, nicht zerfliessen oder, wie er es einmal mit einem feinen Worte nennt, "Scham haben vor der Rührung", das ist Stendhalsche Art. Gewiss mag er die letzte Tiefe des deutschen Menschentypus, seine suchende, grübelnde Maulwurfsarbeit, die gründliche Schwerfälligkeit und ihre Schattenseiten nicht so begriffen haben, als wenn er selbst dem harten nördlichen Boden und nicht der von einer südlichen Sonne gesegneten Erde entsprossen wäre. Aber was wir in Stendhal wiederfinden, was er uns über sein Grahinaus geschenkt hat, das ist übergenug, um ihn, den Franzosen, in die Reihe der grossen europäischen Geister aufzunehmen, die unserm Verständigungswillen und unserm Herzen auf immer nahe stehen.

Dr. Else Möbus.

SPD. Sphärenmusik.[x] Goethe hat im "Prolog im Himmel" zu seinem "Faust" eine uralte Behauptung unsrer phantasiebegabten Vorfahren in die Worte gekleidet: "Die Sonne tönt nach alter Weise im Brudersphären Wettgesang". Heute gelingt es der Wissenschaft mit ihren so unendlich feinen Mitteln, diese phantastische Behauptung von einst zu bestätigen. Professor Sheppard unternahm das Experiment, einzelne Töne dieser Musik jedermann durch den Rundfunk hörbar zu machen: die Strahlen des Planeten Venus wurden mit einem Fernrohr eingefangen und auf eine Photozelle geworfen, die ausgelösten Schwingungen wurden verstärkt in einem Lautsprecher in Tonschwingungen umgesetzt, hörbar gemacht und über ein Mikrophon den Rundfunkhörern übermittelt. Der Planet Venus tönt hell und rein wie ein hoher Geigenton - der Ton schwillt an, wenn die Venus höher am Himmel aufsteigt, und er verebbt, wenn sie untergeht.

SPD. Die Feinde der Kunst.[x] Franz Liszts Vater war Gutsverwalter bei dem ungarischen Fürsten Esterhazy. Als er seinen Sohn, den nachmals berühmt gewordenen Klavierspieler und Komponisten, zur künstlerischen Ausbildung nach Paris bringen wollte, verweigerte ihm sein Brotgeber den Urlaub. Dem alten Liszt, der fest an die Zukunft seines Sohnes glaubte, blieb also nichts andres übrig, als seinen Dienst aufzugeben. Später äusserte Franz Liszt einmal dem Dichter Nikolaus Lenau gegenüber, er habe vor, den alten Fürsten dafür noch im Grabe öffentlich zu brandmarken. Da erwiderte Lenau: "Wenn man alle Grossen und Reichen, die nichts für die Kunst tun, ja, den Künstler noch hemmen, brandmarken wollte, so müsste man beständig mit dem glühenden Eisen umhergehen."

SPD. Treffende Bezeichnung.[x] In der Nähe einer Tankstelle wird auf einem Felde gedüngt. Ein Sachse kommt mit einem Motorrad angefahren und tankt. Da sagt er zu dem Tankstellenwärter schnüffelnd: "Na, heernse, Ihre Tankstelle is ja beinahe schon geine Tankstelle mehr; das is ja schon fasd änne Stankdälle....."

SPD. Glück im Unglück.[x] Ein irischer Richter hatte einen Mann abzuurteile der ein Schaf gestohlen hatte. Der Richter verurteilte den Mann zu drei Wochen Gefängnis und fügte seinem Urteilsspruch hinzu: "Angeklagter, wenn Sie das Schaf vor zweihundert Jahren gestohlen hätten, so würden Sie morgen früh um sieben Uhr aufgehängt."